

# Griechenlands neue Regierung: Wahlversprechen und Realpolitik

*Heinz-Jürgen Axt\**

Nicht Einsicht und auch nicht das Drängen der Europartner, sondern drohende Zahlungsunfähigkeit hat die neue Regierung in Griechenland veranlasst, nicht länger einen Schuldenerlass zu fordern, sondern die Gläubiger um Verlängerung des zweiten Hilfsprogramms zu bitten – Spar- und Reformauflagen inklusive. Als eines der größten Probleme stellte sich die Tatsache dar, dass die griechische Regierung – voran der in den Medien omnipräsente Finanzminister Yanis Varoufakis – offensichtlich über die wahre Finanzlage des Landes nicht informiert war. Ein ‚Grexit‘ (Austritt Griechenlands aus der Eurozone), oder auch ein ‚Graccident‘ (ungeplanter Austritt) sind nicht auszuschließen. Vier Wochen nach Amtsantritt war die neue Regierung entzaubert. Mit Übergabe einer ersten Reformliste an die Europartner am 23./24. Februar 2015 musste sie sich von utopischen Wahlversprechen verabschieden. Spätestens im Juni 2015 dürfte ‚Athen‘ um ein drittes Hilfsprogramm bitten. Die linksradikale Partei SYRIZA<sup>1</sup> unter Alexis Tsipras hatte den von Einkommensverlusten, Rentenkürzungen, sozialer Unsicherheit und Arbeitslosigkeit gebeutelten Griechen ein Ende der Sparpolitik und die Aufkündigung der Vereinbarungen mit den Gläubigern des hochverschuldeten Staates versprochen. Aus der Wahl vom 25. Januar 2015 ist SYRIZA mit 36,34 Prozent der Stimmen als Sieger hervorgegangen. Weil SYRIZA mit 149 Parlamentsmandaten zwei Sitze zur absoluten Mehrheit fehlten, gingen die Linksradikele eine Koalition ein – ausgerechnet mit einer rechtspopulistischen Partei, den Unabhängigen Griechen.<sup>2</sup> Im Folgenden wird zunächst an die Wahlversprechen der beiden Koalitionspartner erinnert und die neu gebildete Regierung vorgestellt sowie danach gefragt, was Linksradikele und Rechtspopulisten verbindet. Sodann wird die Politik gegenüber den Gläubigern analysiert, eingegangen wird aber auch auf Aspekte der Innen- und Außenpolitik. Wie eng die Politikbereiche verknüpft sind, zeigt sich am Thema Russland: ‚Moskau‘ wird von ‚Athen‘ nicht nur als Finanzier ins Spiel gebracht, sondern auch außenpolitisch umworben, was für das geschlossene Auftreten der Europäischen Union in konflikträchtigen Zeiten wenig Positives verspricht.

## Wahlversprechen der Koalitionspartner

SYRIZA ist als Parteineugründung erst 2012 aus dem Parteibündnis Synaspismos<sup>3</sup> hervorgegangen, dessen Konstituierung 1989 erfolgte. Die im Bündnis ebenfalls vertretenen dogmatischen Kommunisten der KKE<sup>4</sup> traten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion

---

\* Prof. em. Dr. Heinz-Jürgen Axt, Universität Duisburg-Essen.

Das Manuskript zu diesem Beitrag wurde am 24. April 2015 abgeschlossen. Jüngere Entwicklungen konnten entsprechend nicht aufgegriffen werden.

1 Synaspismos Rizospastikis Aristeras, Koalition der Radikalen Linken.

2 Anexartiti Ellines, ANEL.

3 Synaspismós tis aristerás ton kinimáton ke tis ikologías, Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie.

4 Kommounistikó Kómma Elládas, Kommunistische Partei Griechenlands.

aus der Koalition aus, während die Eurokommunisten dort weiter mit sozialistischen, ökologischen, trotzkistischen und maoistischen Gruppen zusammenarbeiteten. Von den heutigen SYRIZA-Aktivisten waren viele Mitglieder der Kommunisten. In der Parteimitgliedschaft sind Akademiker und Beschäftigte im öffentlichen Dienst überrepräsentiert.<sup>5</sup> Antikapitalismus, Globalisierungskritik, Antiamerikanismus und Euroskeptizismus haben die SYRIZA-Strategie von Anfang an geprägt. Der Vertrag von Lissabon wurde abgelehnt. Im Europäischen Parlament ist SYRIZA Mitglied der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linke/Nordische Grüne Linke.

Programme spielen bei griechischen Parteien eine untergeordnete Rolle. Führungspersonen sind wichtiger. Bis heute äußert sich SYRIZA oft vielstimmig, insbesondere der auf gut 30 Prozent der Mitglieder geschätzte kommunistische Flügel fällt durch radikale Forderungen auf. Parteiführer Tsipras tritt in jüngerer Zeit moderater auf. 2008 hatte er noch als Repräsentant der Parteilinken den Vertreter des Reformflügels Fotis Kouvelis an den Rand gedrängt.<sup>6</sup> Im Thessaloniki-Programm hat SYRIZA die Wahlversprechen relativ konkret vor der Januar-Wahl formuliert.<sup>7</sup> Das Schuldenproblem und Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage standen im Mittelpunkt. Hatte Tsipras 2012 den Gläubigern noch gedroht: „The memorandum will be repudiated by the people’s vote, not us [...]. If Greece doesn’t get its next loan instalment, the eurozone will collapse the next day“<sup>8</sup>, so kündigte er im Rahmen der Eröffnung der Messe in Thessaloniki 2014 an, mit den Gläubigern verhandeln zu wollen, um folgende Ziele durchzusetzen: Erlass des größeren Teils der griechischen Schulden, Einberufung einer europäischen Schuldenkonferenz für Südeuropa, Einführung einer Wachstumsklausel, wonach Schulden nur bei Wachstum der griechischen Wirtschaft zurückgezahlt werden, Moratorium des Schuldendienstes, ein ‚Europäischer New Deal‘ zur Finanzierung öffentlicher Investitionen durch die Europäische Zentralbank (EZB), direkter Staatsanleihenkauf durch diese und Reparationszahlungen in Höhe von 11 Milliarden Euro durch Deutschland. Auf dieser Basis ließen sich, so Tsipras, sowohl die Wahlversprechen finanzieren als auch die bestehenden Schulden zurückzahlen. Versprochen wurden steigende öffentliche Investitionen in Höhe von wenigstens 4 Milliarden Euro sowie die Anhebung von Gehältern und Renten, um mit steigender Nachfrage die Wirtschaft anzukurbeln. Beschäftigungsanreize sollten ebenso gewährt werden wie Investitionen in Forschung und Technologie. Der Sozialstaat sollte gestärkt werden. Statt sich, so wie die Vorgängerregierung, Deutschland zu ‚unterwerfen‘, wollte SYRIZA eine breite Allianz in Europa formieren.

Ein nationaler Wiederaufbauplan fußt auf vier Säulen. Um die ‚humanitäre Krise‘ zu überwinden, sollten 1,882 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. 300.000 bedürftige Haushalte sollten kostenlos Strom und Essenzuschüsse erhalten, 30.000 Wohnungen mit einer subventionierten Miete von 3 Euro/qm bereitgestellt werden. 1,3 Millionen Rentner mit einer Rente bis zu 700 Euro sollten Weihnachtsgeld in Form einer 13. Rente erhalten. Freier Zugang zu medizinischer Versorgung sollte nicht versicherten Arbeitslosen ge-

5 Vgl. Julian Marioulas: Die griechische Linke, in: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt/Ana Striethorst (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, Berlin 2010, S. 270-287, hier S. 272.

6 Kouvelis trat 2010 aus SYRIZA aus und gründete die Demokratische Linke (Dimokratiki Aristera), die von 2012 bis 2013 mit der Neuen Demokratie und PASOK eine Regierungskoalition einging.

7 SYRIZA hat bis heute kein Parteiprogramm. Tsipras hatte anlässlich der Eröffnung der Thessaloniki-Messe im September 2014 das Thessaloniki-Programm vorgetragen. Vgl. SYRIZA: The Thessaloniki Programme, abrufbar unter: [http://www.SYRIZA.gr/article/id/59907/SYRIZA---THE-THESSALONIKI-PROGRAMME.html#\\_VMuWeiw-Peg](http://www.SYRIZA.gr/article/id/59907/SYRIZA---THE-THESSALONIKI-PROGRAMME.html#_VMuWeiw-Peg) (letzter Zugriff: 2.2.2015).

8 Ekathimerini: Tsipras says he’ll negotiate but eurozone can’t say ‘no’ to everything, 14.6.2012.

währt werden. Ebenso sollten sie Freifahrten im öffentlichen Personenverkehr in Anspruch nehmen können. Die Heizölsteuer sollte gesenkt werden.

Mit 6,5 Milliarden Euro sollte die Wirtschaft angekurbelt werden. Der Mindestlohn sollte von 683,76 Euro (Stand 23. Januar 2015<sup>9</sup>) auf 751 Euro pro Monat angehoben werden. Die seit Anfang 2014 erhobene und besonders unpopuläre Einheitliche Immobilienbesitz-Steuer (ENFIA) sollte abgeschafft<sup>10</sup> und die Grundsteuer gesenkt werden, wodurch dem Staatshaushalt allein 2 Milliarden Euro entgingen. Die dritte Säule wollte die Beschäftigungsquote erhöhen (Kosten in Höhe von 3 Milliarden Euro). 300.000 neue Arbeitsplätze sollten entstehen und Maßnahmen zur Deregulierung des Arbeitsmarkts zurückgenommen werden. Mit der vierten Säule strebte SYRIZA die Transformation des politischen Systems zu einer ‚tiefen Demokratie‘ an, ohne dass Kosten entstehen. Die Regionalisierung des Staates, die Bürgerbeteiligung und die Rechte des Parlaments sollten gestärkt, die 2013 von der Regierung geschlossene staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt ERT<sup>11</sup> wieder auf Sendung gehen. Laut Programm sollten insgesamt 11,882 Milliarden Euro an Kosten bei der Verwirklichung des Thessaloniki-Programms entstehen. Demgegenüber sollten 12 Milliarden Euro mehr eingenommen werden. Kommentatoren gehen mit Bezug auf das Kieler Institut für Weltwirtschaft allerdings davon aus, dass eine Verwirklichung der Wahlversprechen tatsächlich 20 Milliarden Euro kosten würde, ohne dass die genannten Einnahmen gesichert sind.<sup>12</sup>

Zur Außenpolitik hat SYRIZA im Thessaloniki-Programm nichts ausgeführt. Bislang hat die Partei unter anderem folgende Forderungen erhoben: Austritt aus der NATO, Schließung ausländischer Militärbasen, Beendigung der Zusammenarbeit mit Israel und keine Beteiligung an Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in Afghanistan und auf dem Balkan. Gegenüber der Türkei will man aber immerhin die Beziehungen stabilisieren, bei der Namensfrage mit dem Nachbarstaat Mazedonien konzessionsbereiter auftreten und der türkischsprachigen Minderheit in Nordgriechenland entgegenkommen. Wenn es um die Beziehungen zu Russland geht, nimmt SYRIZA im Konzert der EU-Partner Außenseiterpositionen ein. Am 26. Februar 2014 äußerte das Politische Sekretariat von SYRIZA, westliche „imperialistische Mächte und gierige Finanzinteressen“ wollten sich die Ukraine einverleiben und unterstützten „ukrainische Neonazis“ gegen die dortigen Kommunisten.<sup>13</sup> Konsequenterweise haben die SYRIZA-Abgeordneten im Europäischen Parlament am 14. Januar 2015 gegen die Entschließung zur Situation in der Ukraine gestimmt, in der die Parlamentsmehrheit „Russlands aggressive Ex-

9 Zum Vergleich: Der Mindestlohn in Portugal beträgt 565,83 Euro. Vgl. Statistisches Bundesamt: Mindestlöhne in der EU: Zwischen 184 Euro und 1923 Euro brutto im Monat, abrufbar unter: <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/BevoelkerungSoziales/Arbeitsmarkt/Mindestloehne.html> (letzter Zugriff: 4.2.2015).

10 Die Sondersteuer hat verbreiteten Unmut erregt, weil sie auch dann zu zahlen ist, wenn jemand eine geerbte Immobilie nicht vermietet oder verkaufen kann, was aufgrund der Wirtschaftslage sehr häufig der Fall ist.

11 Ellinikí Radiofonía Tileóراسi A.E.

12 Vgl. World Business Press Online: Syriza's Election Promises to Cost Germans at Least €20Bn: Ifw Kiel, 27.1.2015, abrufbar unter: <http://wbponline.com/Articles/View/42024/SYRIZA-s-election-promises-to-cost-germans-at-least-20bn-ifw-kiel> (letzter Zugriff: 4.2.2015).

13 SYRIZA: Statement of the Political Secretariat of SYRIZA on the issue of Ukraine, 27.2.2014, abrufbar unter: <http://www.SYRIZA.gr/article/id/55098/Statement-of-the-Political-Secretariat-of-SYRIZA-on-the-issue-of-Ukraine.html#.VMuZpiw-Peg> (letzter Zugriff: 4.2.2015).

pansionspolitik auf das Schärfste“ verurteilte und die „Beibehaltung der derzeitigen EU-Sanktionen“ verlangte.<sup>14</sup>

Am 8. Februar 2015 trug Ministerpräsident Tsipras seine Regierungserklärung vor – noch immer im Wahlkampfmodus. Zwar war von Schuldenerlass nicht länger die Rede, doch lehnte Tsipras die Verlängerung des seit 2012 laufenden Hilfsprogramms und auch die Troika aus EZB, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Europäischer Kommission ab. Statt Schuldenschnitt verlangte er eine Umstrukturierung der Schulden. Zunächst sollte es ein Überbrückungsprogramm von mindestens 10 Milliarden Euro geben, um die aktuelle Finanznot kurzfristig zu beheben und Zeit zu gewinnen. Das Sparprogramm der Troika wurde als verbrecherisch gebrandmarkt und Privatisierungen wurden abgelehnt. An den Unterstützungsmaßnahmen für Bedürftige wollte Tsipras festhalten, ebenso an der Wiedereinstellung entlassener Beamter. Der Hauptkampf werde sich gegen die Korruption und die Steuerflucht richten. Die Erhöhung des Mindestlohnes wurde für 2016 versprochen.<sup>15</sup> Darüber hinaus wurden Reparationszahlungen von Deutschland verlangt. Die Athener Börse reagierte mit Kursverlusten von bis zu 6 Prozent.<sup>16</sup>

Bei ANEL ist es noch schwerer, programmatische Vorstellungen zu skizzieren. Die Partei wurde am 24. Februar 2012 von Panagiotis Kammenos gegründet. Er war aus der Neuen Demokratie<sup>17</sup> ausgeschlossen worden, weil er gegen die Kreditvereinbarung mit dem IWF und den Europartnern gestimmt hatte. Die scharfe Ablehnung des Memorandum of Understanding (MoU), in dem die Gläubiger die Spar- und Reformauflagen festhalten, lässt die Gesinnungsverwandtschaft von Rechtspopulisten und Linksradikalen erkennen. ANEL stellte seine Gründungserklärung am 11. März 2012 im Dorf Distomo vor, wo 1944 die deutsche Waffen-SS ein Massaker verübt hatte. So wie SYRIZA appelliert ANEL an antideutsche Ressentiments. Reparationszahlungen von Deutschland verlangt auch Kammenos. Die Ablehnung der Euro-Rettungspolitik kombiniert ANEL mit Nationalismus, Militarismus, Islamfeindlichkeit und Xenophobie. Gegenüber dem Nachbarstaat Mazedonien ist ANEL ebenso unversöhnlich wie gegenüber der Türkei. Russland und Serbien gegenüber sind versöhnliche Töne zu vernehmen, handelt es sich doch hier laut Kammenos um orthodoxe „Brüder“. Die Bindung an die Kirche ist für ANEL von Bedeutung.

Dass sich ausgerechnet Linksradikale und Rechtspopulisten so rasch auf eine Koalition einigen konnten – schon einen Tag nach der Wahl stand das Kabinett –, wird nach der skizzierten Programmatik beider Parteien verständlicher. Zwar haben sie wenige Gemeinsamkeiten, wenn es um ihre ideologische Herkunft – SYRIZA aus dem kommunistischen und ANEL aus dem bürgerlichen Lager –, um Wirtschafts- und Sozialpolitik oder um Einwanderungspolitik geht. Doch wenn es um die im MoU getroffenen Vereinbarungen mit IWF und Europartnern, um antideutsche Ressentiments oder um die Haltung zu Russland geht, dann vereint beide Koalitionspartner doch weit mehr, als man auf Anhieb vermutet.

14 Europäisches Parlament: Gemeinsamer Entschließungsantrag, 14.1.2015, RC-B8-0008/2015; vgl. auch Klarstellung der Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke: Vote on EP resolution on the situation in Ukraine, Pressemitteilung, 19.1.2015, abrufbar unter: [http://www.guengl.eu/group/delegation\\_news/vote-on-ep-resolution-on-the-situation-in-ukraine](http://www.guengl.eu/group/delegation_news/vote-on-ep-resolution-on-the-situation-in-ukraine) (letzter Zugriff: 4.2.2015).

15 Vgl. Auszüge aus dem Regierungsprogramm in ProtothemaNews: PM A. Tsipras spoke in Parliament opening three days of speeches that culminate with a vote of confidence at midnight on Tuesday, 8.2.2015, abrufbar unter: <http://en.protothema.gr/happening-now-pm-a-tsipras-speech-in-parliament-watch-live/> (letzter Zugriff: 9.2.2015); und Ekathimerini: Greek prime minister not backing down, 8.2.2015, abrufbar unter: [http://www.ekathimerini.com/4dcgi/\\_w\\_articles\\_wsite1\\_1\\_08/02/2015\\_547025](http://www.ekathimerini.com/4dcgi/_w_articles_wsite1_1_08/02/2015_547025) (letzter Zugriff: 9.2.2015).

16 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Griechenland bringt Europa gegen sich auf, 10.2.2015.

17 Nea Dimokratia.

Laut Finanzminister Varoufakis erhielt SYRIZA von ANEL eine ‚carte blanche‘ für die Wirtschafts- und Finanzpolitik.<sup>18</sup>

### Ein wenig erfahrenes Kabinett

Die neue Regierung unter Tsipras ist als „Laienspielschar“ charakterisiert worden.<sup>19</sup> Was abfällig klingt, entspricht indes den Tatsachen, wenn man berücksichtigt, dass lediglich ein Minister auf Regierungserfahrung zurückgreifen kann. Der neue Stellvertretende Ministerpräsident Giannis Dragasakis (SYRIZA) hatte von 1989 bis 1990 einige Monate in einem Übergangskabinett gedient. Die übrigen Minister, oft einem akademischen Mittelschichtmilieu entstammend, haben lediglich als Parteifunktionäre gewirkt. Auch fehlen den meisten Regierungsmitgliedern Erfahrungen auf internationalem Parkett. Neben dem Ministerpräsidenten und dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten besteht das Kabinett aus zehn Ministern. Sie waren kaum auf die Übernahme der Regierungsverantwortung vorbereitet, obwohl Meinungsumfragen schon seit mehreren Monaten verdeutlicht hatten, dass SYRIZA die besten Chancen hatte, die Regierung zu übernehmen. Unter den Ministern findet sich keine einzige Frau, in der Vorgängerregierung waren es immerhin zwei. Von den neun SYRIZA-Mitgliedern der Regierung haben sechs ihre politische Karriere in kommunistischen Organisationen begonnen. Auch nach der Regierungsübernahme zeigte sich, wie wenig kohärent SYRIZA auftritt. In der Eurofrage äußerte zum Beispiel der Abgeordnete Costas Lapavitsas, lange Zeit als Kandidat für das Amt des Finanzministers gehandelt, seine Regierung solle mit dem Austritt aus der Eurozone drohen.<sup>20</sup> Er steht für die Politiker der Regierungspartei, die einen Euro-Austritt befürworten.<sup>21</sup> Tsipras dagegen wird nicht müde zu betonen, dass er sein Land im Euroraum halten will.

Im Folgenden werden einige Informationen zu den wichtigsten Personen der Regierung gegeben: Ministerpräsident *Alexis Tsipras* trat mit 16 Jahren der Kommunistischen Jugend bei. 1999 wurde er Sekretär der Jugendorganisation des Parteienbündnisses Synaspismos und beteiligte sich besonders an globalisierungskritischen Protestaktionen. 2008 wurde er Vorsitzender des Bündnisses. Seit Dezember 2010 ist er Vizepräsident der Europäischen Linken. Bei der Europawahl war Tsipras Spitzenkandidat dieser Partei auf europäischer Ebene und kandidierte für das Amt des Kommissionspräsidenten.

*Giannis Dragasakis* war bis 1991 führendes Mitglied der Kommunistischen Partei und wechselte anschließend zu Synaspismos. Von November 1989 bis April 1990 gehörte er als stellvertretender Wirtschaftsminister der Koalitionsregierung unter dem parteilosen Premierminister Xenophon Zolotas an. Dragasakis ist Mitglied des Zentralkomitees von SYRIZA und gilt als deren führender Wirtschaftspolitiker. Er hat als stellvertretender Regierungschef die Aufsicht über den gesamten Bereich Finanzen und Wirtschaft.

18 BBC Interview vom 30. Januar 2015, abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=3d0mK6hiW4I> (letzter Zugriff: 22.3.2015).

19 So Volker Zastrow: Muss Athen kümmern, was wir wollen?, in: faz.net, 1.2.2015.

20 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Der ‚Grexit‘ ist greifbar nahe, 12.2.2015. Lapavitsas ist kein Mitglied von SYRIZA, hat aber auf deren Liste kandidiert.

21 Gemeinsam mit dem ehemaligen Staatssekretär im deutschen Bundesministerium der Finanzen, Heiner Flassbeck, spricht sich Lapavitsas für einen „konfrontativen Austritt aus der Währungsunion“ aus. Vgl. Heiner Flassbeck/Costas Lapavitsas: Nur Deutschland kann den Euro retten, Frankfurt am Main 2015, S. 121 ff.; und Heiner Flassbeck/Costas Lapavitsas: The Systemic Crisis of the Euro – True Causes and Effective Therapies, Studien der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2013. Auch im Athener Parlament tritt Lapavitsas unverändert für den Austritt Griechenlands aus der Eurozone ein. Vgl. Costas Lapavitsas: To beat austerity, Greece must break free from the euro, in: The Guardian, 2.3.2015.

Als Finanzminister agiert *Yanis Varoufakis*, ein parteiloser Akademiker, der als Professor an der Universität Athen und als Gastprofessor an der Universität von Texas in Austin lehrte. Von Januar 2004 bis Dezember 2006 war er Berater des späteren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou. Sich selbst bezeichnet Varoufakis als Marxist.<sup>22</sup> Andere sehen in ihm eher einen Keynesianer.<sup>23</sup> Zur Europäischen Währungsunion hat er geäußert, diese sei eine Fehlkonstruktion. Er will Griechenland aber in der Eurozone halten.<sup>24</sup> Die fiskalische Konsolidierung im überschuldeten Griechenland lehnt er vehement ab. Die Sparpolitik seit 2010 hat er als „finanzielles Waterboarding“ nach dem Vorbild der Foltermethoden des amerikanischen Geheimdienstes CIA<sup>25</sup> bezeichnet.<sup>26</sup> Die Lösung der Schuldenkrise sollte einem älteren Namensbeitrag zufolge darin bestehen, dass die EZB die griechischen Schulden bis zu 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) übernimmt und die europäischen Rettungsschirme Griechenland das benötigte Geld bereitstellen. Zu Deutschland äußert sich Varoufakis wenig positiv. So soll der deutsche Wohlstand nicht der Leistung seiner Bürger, sondern den Kalte-Kriegs-Plänen der USA geschuldet sein und die Rechnung der Eurokrise hätten sowieso die Deutschen zu zahlen: „Was immer die Deutschen sagen, am Ende werden sie zahlen“ – entweder beim Schuldenschnitt oder indem sie ihre Hilfen abschreiben müssen.<sup>27</sup> Varoufakis scheut keine Provokation der Gläubiger Griechenlands. Unter den kommunistischen Parteikadern von SYRIZA genießt er wenig Sympathien. Deshalb könnte er, so wurde Ende März 2015 in Athen gemutmaßt, zurücktreten und seinen Posten als Finanzminister als Sprungbrett für seine akademische Karriere nutzen.<sup>28</sup>

Außenminister *Nikos Kotzias* war Mitglied des Zentralrats der Kommunistischen Jugend. Später stieg er in das Zentralkomitee der orthodox-dogmatischen Kommunistischen Partei auf. Er studierte in Athen und Gießen. Von 1993 bis 2008 war er im Außenministerium im diplomatischen Dienst tätig. Kotzias war an den Verhandlungen über den Vertrag von Amsterdam, die Agenda 2000 und den Vertrag über eine Verfassung für Europa beteiligt. Als Professor der Athener Universität hat Kotzias zweimal den russischen Rechtsradikalen und Vordenker für ‚Neurussland‘ Alexander Dugin nach Athen zum Vortrag eingeladen.<sup>29</sup>

*Panagiotis Lafazanis*, der Minister für Wiederaufbau, Umwelt und Energie ist als Repräsentant der kommunistischen Linken Plattform in das Kabinett berufen worden, um diese Parteigruppierung in die Regierungsarbeit zu integrieren. Er ist stellvertretender Parteivorsitzender von SYRIZA und hat sich mit Tsipras schon heftige Dispute geliefert, in-

22 Gemäß einem Artikel aus dem Jahr 2008, wiedergegeben in: ProtothemaNews: Guardian: V for Varoufakis and the M-word (... it's Marxism), 19.2.2015.

23 So beispielsweise sein Gegenspieler Costas Lapavistas: Greece: Phase Two, in: Jacobin.com, 12.3.2015.

24 Vgl. Tobias Piller: Halbstark, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 1.2.2015.

25 Central Intelligence Agency.

26 Vgl. yanisvaroufakis.eu: Stop Greece's fiscal waterboarding – interviewed by la Repubblica, 5.1.2015.

27 Vgl. Piller: Halbstark, 2015. Varoufakis setzt so wie andere SYRIZA-Politiker darauf, dass wegen der Ansteckungsgefahr in der Eurozone die Gläubiger Griechenland um jeden Preis im Euroraum halten müssten, weshalb die Schuldner weitgehende Handlungsfreiheit hätten. Darauf hat der Verfasser bereits 2012 hingewiesen. Vgl. Heinz-Jürgen Axt: Griechenland, das Kalkül der Linkspopulisten und der Euro, in: Südosteuropa 3/2012, S. 321-345.

28 Tobias Piller: Tsipras vor Machtkampf um seine Wahlversprechen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.3.2015.

29 Im Interview mit Spiegel Online rechtfertigte Kotzias die Einladung damit, dass Dugin ihm von Diplomaten genannt worden sei. „Es hat mir nicht gefallen“ äußerte Kotzias, erläuterte aber nicht, warum er Dugin dann ein zweites Mal eingeladen hat. Vgl. Alexander Smoltczyk: Griechischer Außenminister Kotzias: „Wir sind arm, aber gleichberechtigt“, Interview mit Nikos Kotzias, in: Spiegel Online, 9.2.2015.

dem er sich für die Abschaffung des Kapitalismus und den Austritt aus der Eurozone ausgesprochen hat. Die Europäische Union ist für ihn „totalitär“.<sup>30</sup> Auch er saß im Zentralkomitee der Kommunistischen Jugend und später dem der Partei.

Verteidigungsminister *Panagiotis Kammenos* wurde am 16. November 2011 zunächst aus der Fraktion und am 13. Februar 2012 aus der Partei Neue Demokratie ausgeschlossen. Ausländer in Griechenland werden von ihm mit negativen Äußerungen überzogen. Massive Kritik zog er im Dezember 2014 auf sich, als er äußerte, Juden würden in Griechenland steuerlich bevorzugt. Für die Krim-Annexion durch Russland hatte Kammenos freundliche Worte übrig. Die „orthodoxen Brüder und Schwestern“ seien auf der Krim geschützt worden.<sup>31</sup> Dass er immer wieder gegen linke Extremisten zu Felde zog, hat ihn nicht abgehalten, mit SYRIZA eine Koalitionsregierung zu bilden.

### Konsolidierungsstand und Schulden Tragfähigkeit

Das MoU der Gläubiger hat Griechenland seit Mai 2010 auf fiskalische Konsolidierung und Strukturreformen verpflichtet. Wie sahen die Ergebnisse Ende 2014 aus? Dabei muss berücksichtigt werden, dass die alte Regierung den Reformen zwar zugestimmt, deren Umsetzung aber schon im März 2014 zunächst wegen der anstehenden Europawahl und dann wegen der nationalen Parlamentswahl weitgehend eingestellt hatte. Der kleinere Koalitionspartner PASOK<sup>32</sup> hatte sich dabei insbesondere gegen die Deregulierung zugunsten des privaten Unternehmertums ausgesprochen.<sup>33</sup> Nach 24 aufeinanderfolgenden teilweise dramatisch negativen Wachstumsraten, stellte sich im dritten Quartal 2014 erstmals mit 0,7 Prozent ein positives Wirtschaftswachstum ein. Geschuldet war dies einer guten Tourismussaison und der Erholung der Handelsschifffahrt. Aufgrund der politischen Unsicherheit wurden im vierten Quartal 2014 viele Investitionsentscheidungen auf Eis gelegt, was dazu führte, dass das BIP im vierten Quartal gegenüber dem vorangegangenen um 0,4 Prozent sank.<sup>34</sup> Nach einem Primärüberschuss von 1,5 Milliarden Euro 2013 wurde in den ersten zehn Monaten des Jahres 2014 ein primärer Haushaltsüberschuss von 2,4 Milliarden Euro erreicht. Die leichte wirtschaftliche Erholung hatte auf den Schuldenstand noch keine Auswirkung. Dieser erreichte mit 318,35 Milliarden Euro einen Anteil von 174,7 Prozent des BIP und damit den höchsten Anteil seit Ausbruch der Schuldenkrise im Jahr 2009.<sup>35</sup> Die Neuverschuldung sank allerdings auf 3,5 Prozent des BIP. Als Griechenland im Spätherbst 2014 versuchte, sich wieder auf den Finanzmärkten zu refinanzieren, musste es diesen Versuch aufgeben. Für zehnjährige Anleihen hätte Griechenland eine Rendite von 8,1 Prozent offerieren müssen, was das Land überforderte.<sup>36</sup> Athen war weiterhin auf seine öffentlichen Gläubiger angewiesen. Gegenüber dem Vorjahr reduzierte sich 2014 die Arbeitslosigkeit von 27,3 auf 25,8 Prozent.

30 Vgl. Michael Martens: Der Kammenos-Tsipras-Pakt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.1.2015.

31 Vgl. Independent Balkan News Agency: Kammenos: They won't be able to buy or blackmail 180 MPs, 24.11.2014.

32 Panellinio Sozialistiko Kinima, Panhellenische Sozialistische Bewegung.

33 Vgl. Tobias Piller: Griechenland hat sich vor Reformen gedrückt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.2.2015.

34 Vgl. Hellenic Statistical Authority: Press Release: Quarterly National Accounts: 4th Quarter 2014 (Provisional data), 27.2.2015; und Jens Bastian: Ist die wirtschaftliche Erholung in Griechenland nachhaltig?, in: Südosteuropa Mitteilungen 5-6/2014, S. 8-25.

35 In absoluten Zahlen hatten die Schulden 2011 mit 355,17 Milliarden Euro ihren höchsten Stand erreicht und waren danach wegen zweier Schuldenschnitte gefallen.

36 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Griechische Renditen steigen, 19.11.2014.

Unter marktüblichen Finanzierungsbedingungen ist Griechenlands Schuldentragfähigkeit nicht gegeben. Gemäß den Vorgaben der Gläubiger soll deshalb der Schuldenstand bis 2020 auf 124 Prozent und bis 2022 auf deutlich weniger als 110 Prozent des BIP gesenkt werden. SYRIZA hat die Forderung nach einem Schuldenerlass stets mit der nicht gegebenen Schuldentragfähigkeit begründet. Schaut man sich allerdings die Konditionen im Falle Griechenlands genauer an, ist zu konstatieren, dass Griechenland bis 2020 keine Schulden an die Eurostaaten zurückzahlen muss. Das Land hat die niedrigste Schuldendienstrate in der gesamten Eurozone, was einer Zinsersparnis von 8,5 Milliarden Euro gleichkommt. Weniger als 1 Milliarde Euro musste Athen 2014 für Zinsen und Verwaltungskosten von knapp 200 Milliarden Euro Schulden zahlen. Im März 2012 fand die größte Umschuldung eines Staates in der Nachkriegszeit statt, indem die Gläubiger auf 53,5 Prozent des Nennwerts ihrer Forderungen verzichteten und in Anleihen mit längerer Laufzeit und niedrigerer Verzinsung (3,56 Prozent) umwandelten. Nominal sanken Griechenlands Schulden um 105 Milliarden Euro. Wegen der tiefen Rezession lag die Schuldenquote im Herbst 2012 allerdings schon wieder über dem Stand vor dem Schuldenchnitt. Ein zweiter Schuldenschnitt erfolgte im November 2012 durch einen kreditfinanzierten Schuldenrückkauf, durch eine weitere Senkung der Zinsen und abermals verlängerte Laufzeiten von 15 auf 30 Jahre. Anfang 2015 betrug die Zinsen nur noch 0,6 Prozent. Im Durchschnitt bezahlen die Griechen auf ihre Staatsschulden einen Zinssatz von 2,4 Prozent.<sup>37</sup>

Trotz dieser außergewöhnlich günstigen Schuldenkonditionen wird es für Griechenland im Laufe des Jahres 2015 schwierig, wenn es um die Rückzahlung geht: Von März bis Dezember 2015 werden Tilgungs- und Zinszahlungen an IWF, EZB und internationale Gläubiger in Höhe von 17,3 Milliarden Euro fällig. Bis Juni sieht es noch vergleichbar günstig aus,<sup>38</sup> doch im Juli werden 4,8 Milliarden, im August 3,7 Milliarden, im September 1,6 Milliarden, im Oktober 0,7 Milliarden, im November 0,2 Milliarden und im Dezember 1,1 Milliarden Euro fällig. Besonders kritisch werden die Sommermonate, was die Wahrscheinlichkeit einer Bitte um ein drittes Hilfsprogramm verdeutlicht.<sup>39</sup>

## **Verhandlungen mit den Gläubigern – Drama in acht Akten**

Es dauerte genau 28 Tage nach Bildung der neuen Regierung, bis diese von den radikalen Forderungen nach Schuldenerlass Abstand nehmen und um eine Anschlussfinanzierung bitten musste. Die Verhandlungen mit den Gläubigern von IWF, Europartnern und EZB gestalteten sich als regelrechtes Drama, was angesichts der überzogenen Erwartungen und der Unerfahrenheit der griechischen Seite wenig verwunderlich war.

### *1. Akt: Abschied von der Troika – aber nur dem Namen nach*

Am 30. Januar 2015 war Ministerpräsident Tsipras noch ganz vom Wahlkampf inspiriert, als er erklärte, sein Land werde in Kürze ohne ein finanzielles Sicherheitsnetz aus-

37 Vgl. Tobias Piller: Griechenlands Schulden sind vergleichsweise billig, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.1.2015.

38 Fälligkeiten 2015: Februar 2,1 Milliarden, März 1,7 Milliarden, April 0,7 Milliarden, Mai 0,9 Milliarden und Juni 1,9 Milliarden Euro. Vgl. Tobias Piller: Athen steht vor leeren Kassen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.3.2015. 2015 sind vorwiegend Kredite des IWF und der EZB zu bedienen, die gegenüber den Krediten von Euroländern und EFSF relativ hohe Zinsen aufweisen.

39 Gerechnet wird mit 20 Milliarden Euro. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Athen braucht ein neues Hilfspaket, 26.2.2015.

kommen. Mit der Wahl vom 25. Januar 2015 sei das bisherige Hilfsprogramm abgewählt worden.<sup>40</sup> Zum Eklat kam es, als Finanzminister Varoufakis nach einem Treffen mit dem Chef der Eurogruppe Jeroen Dijsselbloem vor der Presse in Athen am 30. Januar 2015 erklärte, seine Regierung werde nicht länger mit der Troika zusammenarbeiten, denn diese sei ‚structurally rotten‘.<sup>41</sup> Statt mit der Troika wolle man lieber mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) kooperieren und um ihre Beratung bitten, betonte Tsipras, noch unmittelbar bevor die Verhandlungen mit den Finanzministern der Eurozone am 11. Februar 2015 aufgenommen wurden.<sup>42</sup> Dass die OECD anders als die Institutionen der Troika kein Gläubiger Griechenlands ist, focht den Ministerpräsidenten nicht an. Augenscheinlich hoffte die griechische Regierung darauf, bei ihrer Forderung nach Beendigung der Troika, Unterstützung von wichtigen europäischen Akteuren zu erhalten. Der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz hatte sich mehrfach gegen die Troika ausgesprochen, weil daran der IWF beteiligt ist. Ihm sei eine rein europäische Lösung lieber.<sup>43</sup> Auch Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker war wenig zufrieden mit der Troika. Vor dem Wirtschafts- und Sozialausschuss des Europäischen Parlaments äußerte er am 18. Februar 2015, die griechische Regierung solle mit Ministern, nicht aber mit Angestellten reden. Die Troika sei nicht demokratisch legitimiert und habe die Würde Griechenlands verletzt.<sup>44</sup>

Die griechische Seite setzt offensichtlich darauf, dass man Politikern gegenüber eher Kompromisse durchsetzen kann als gegenüber Experten. Was aber die Befürworter einer Abschaffung der Troika übersehen haben, ist die Vertragslage: Im Vertrag zur European Financial Stability Facility (EFSF) ist festgehalten, dass die Kommission gemeinsam mit der EZB und dem IWF autorisiert wird, ein MoU mit dem um Finanzhilfe nachsuchenden Staat auszuhandeln.<sup>45</sup> In Art. 4 des Vertrags zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) heißt es: „Die Europäische Kommission unterzeichnet das MoU im Namen des ESM [...]. Die Europäische Kommission wird – im Benehmen mit der EZB und nach Möglichkeit zusammen mit dem IWF – damit betraut, die Einhaltung der mit der Finanzhilfefazilität verbundenen wirtschaftspolitischen Auflagen zu überwachen“.<sup>46</sup> Es war daher rechtlich zwingend, politische Kalküle beiseite zu schieben und an zwei Grundelementen festzuhalten: Erstens muss es ein MoU geben, in dem die Auflagen für den Empfänger

40 Vgl. Nikos Chrysoloras: Tsipras says Greece to repay ECB, IMF, reach deal with euro area, in: Ekathimerini, 30.1.2015.

41 Vgl. ProtothemaNews: ‘Huge mistake’, or ‘you just killed the troika’ — take your pick, 1.2.2015.

42 Vgl. Tagesschau: Athen will sich mit OECD abstimmen, 11.2.2015, abrufbar unter: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland-oeecd-101.html> (letzter Zugriff: 12.2.2015).

43 Vgl. Werner Mussler: Die Troika lässt sich nicht abschaffen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.2.2015.

44 Vgl. ProtothemaNews: Juncker: The Troika insulted Greece’s dignity, 19.2.2015. Am 14. Januar 2015 hatte der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofes ein Gutachten vorgelegt, wonach er die Beteiligung der EZB an der Troika kritisch beurteilte. Die EZB habe sich um Währungsfragen, aber nicht um Wirtschaftsreformen zu kümmern. Vgl. Handelsblatt: Juncker spricht vom Ende der Troika, 18.1.2015.

45 Vgl. EFSF Framework Agreement (As amended with effect from the effective date of the amendments) between Kingdom of Belgium, Federal Republic of Germany, Republic of Estonia, Ireland, Hellenic Republic, Kingdom of Spain, French Republic, Italian Republic, Republic of Cyprus, Grand Duchy of Luxembourg, Republic of Malta, Kingdom of The Netherlands, Republic of Austria, Portuguese Republic, Republic of Slovenia, Slovak Republic, Republic of Finland and European Financial Stability Facility (Consolidated Version).

46 Vgl. Vertrag zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Estland, Irland, der Hellenischen Republik, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, der Republik Zypern, dem Großherzogtum Luxemburg, Malta, dem Königreich der Niederlande, der Republik Österreich, der Portugiesischen Republik, der Republik Slowenien, der Slowakischen Republik und der Republik Finnland.

der Finanzhilfen festgehalten werden. Zweitens ist deren Einhaltung zu überwachen. Um der griechischen Seite zumindest optisch entgegenzukommen, wurde schlussendlich entschieden, nicht mehr von der Troika, sondern den ‚Institutionen‘ zu sprechen, womit sich aber nichts daran ändert, dass Griechenland bei Finanzhilfen weiterhin Auflagen und deren Kontrolle unterliegt. Seit dem 13. Februar 2015 verhandelte Griechenland mit den Institutionen. Mit ironischem Bezug auf die von Griechenland gegenüber dem nördlichen Nachbarn durchgesetzte Namensgebung The Former Yugoslav Republic of Macedonia (FYROM) ist deshalb vorgeschlagen worden statt Troika von ‚TIFKAT‘ zu sprechen: „The institution formely known as troika“. <sup>47</sup> Am 11. März 2015 fand seit der Wahl im Januar 2015 das erste Treffen der Troika-Experten mit griechischen Beamten in Athen statt – allerdings im Hotel und nicht in den Ministerien. <sup>48</sup> Die Troika-Experten firmieren jetzt als ‚Brüsseler Gruppe‘. <sup>49</sup>

## 2. Akt: Athener Reisediplomatie: Bündnispartner Fehlanzeige

Die neue Regierung war gerade einmal eine Woche im Amt, als eine rege Reisediplomatie einsetzte. Der Ministerpräsident und der Finanzminister machten sich auf, um in anderen Eurostaaten nach Bündnispartnern zu suchen. Freilich kamen auch europäische Politiker nach Athen. Parlamentspräsident Schulz war am 29. Januar 2015 der erste und offerierte eine abermalige Verlängerung der Schuldentilgungsfrist, obwohl weder das Europäische Parlament noch die Kommission das Mandat haben, im Namen der Gläubiger zu agieren. <sup>50</sup> Einen Tag später kam der Chef der Eurogruppe Dijsselbloem, um sich vom griechischen Finanzminister anzuhören, mit der Troika sei es zu Ende. Ministerpräsident Tsipras machte sich am 2. Februar 2015 erst nach Zypern auf, was für neu gewählte griechische Regierungschefs Tradition ist. Am Folgetag ging es nach Rom, einen Tag später nach Brüssel, um mit den Präsidenten von Kommission, Europäischem Rat und Europäischem Parlament zu sprechen. Noch am selben Tag standen Gespräche in Paris an. Am 9. Februar 2015 beendete Tsipras seine Stippvisiten mit einem Besuch in Wien. Finanzminister Varoufakis stattete Paris am 1. Februar 2015 einen Besuch ab, danach standen London und einen Tag später Rom auf dem Programm. Erst am 5. Februar 2015 war Deutschland an der Reihe.

Sollten sich die griechischen Spitzenpolitiker erhofft haben, Beistand für ihr politisches Programm zu erhalten, so mussten sie enttäuscht sein. Der französische Finanzminister und sein Kollege aus dem Wirtschaftsministerium machten Varoufakis deutlich, dass sie zwar gegenüber den übrigen Europartnern vermittelnd auftreten wollten, von dem von Griechenland verlangten Schuldenschnitt aber überhaupt nichts hielten. <sup>51</sup> Finanzminister Michel Sapin wörtlich: „There is no point in playing eurozone countries against each

47 So die Autoren des Artikels „Die ungeliebten Prüfer der Sparpolitik sind zurück“, in: faz.net, 13.2.2015.

48 Dazu hatte sich die griechische Seite beim Treffen der Finanzminister am 9. März 2015 bereit erklären müssen. Vgl. Tagesschau.de, 10.3.2015.

49 Vgl. Thomas Gutschker: Kasse leer in Athen, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 15.3.2015.

50 Gläubiger sind neben IWF und EZB vor allem die Eurostaaten. Die Kommission ist lediglich zur Überwachung im Rahmen der Troika als Vertretung der Eurostaaten aufgetreten. Schulz und Kommissionspräsident Juncker haben sich bemüht, zwischen Griechenland und den übrigen Eurostaaten zu vermitteln. Doch mittlerweile scheint ihre Geduld am Ende zu sein. Juncker äußerte mit Bezug auf die griechische Regierung: „I am reaching my limits“ und Schulz betonte, wenn eine Regierung sich nicht mehr an die Verpflichtungen der Vorgängerregierung halte, dann „können wir den Laden dicht machen“. Thomas Gutschker: „Ich stoße an meine Grenzen“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 22.3.2015.

51 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Südeuropa gegen Schuldenschnitt, 2.2.2015.

other, and especially not France and Germany [...]“.<sup>52</sup> Wurde vor der Abreise von Tsipras noch über eine Achse Rom-Athen spekuliert, so musste sich der griechische Ministerpräsident von seinem italienischen Counterpart Matteo Renzi in Rom anhören: „Entwicklung darf nicht auf Pump stattfinden.“ Wachstum sei wichtig, Sparen aber eben auch.<sup>53</sup> Portugals Wirtschaftsminister António Pires de Lima wandte sich anlässlich der regen Athener Reisetätigkeit gegen eine Vorzugsbehandlung Griechenlands. Griechenland müsse seinen Verpflichtungen gegenüber den Europartnern genauso nachkommen wie Portugal, das sich auf einen langen Weg zurück zu Wachstum gemacht habe.<sup>54</sup> Dass Politiker in Frankreich und Italien, die ansonsten durchaus Sympathien für die Linke in Griechenland äußern, auf einmal ‚sehr deutsch‘ wurden und auf Rückzahlung der Verbindlichkeiten pochten, hat damit zu tun, dass sie selbst hohe Summen in Griechenland ‚im Feuer‘ haben. Bezogen auf EFSF, ESM und das erste bilateral getragene Hilfsprogramm für Griechenland sind dies bei Deutschland 56,5 Milliarden Euro, 42,4 Milliarden Euro bei Frankreich und 37,3 Milliarden Euro bei Italien.<sup>55</sup> Ernüchterung für Tsipras und Varoufakis – das war die Bilanz der hektischen Reiseweche. Als Griechenland mit dem 11. Februar 2015 die Verhandlungen um Zuweisung von Finanzmitteln aufnahm, die schon der Vorgängerregierung zugesagt, wegen ausbleibender Reformschritte aber nicht ausgezahlt worden waren, sah sich die Regierung einer geschlossenen Front von 18 Finanzministern gegenüber. Radikale Forderungen hatten dazu ebenso beigetragen, wie die Visiten bei der Suche nach Allianzpartnern versagt hatten.

### 3. Akt: Frisches Geld von Russland oder China?

Es hat die Gläubiger wohl wenig beeindruckt, als in Athen Stimmen laut wurden, dass sich die Regierung, falls die Europartner nicht länger bereitstünden, auch von Russland oder China das nötige Geld besorgen könnte, um die Wahlversprechen zu finanzieren. Vertrauen haben diese Verlautbarungen natürlich nicht aufgebaut. Verteidigungsminister Kammenos sprach am 10. Februar 2015 davon, dass seine Regierung einen Plan B haben müsse und Russland, China oder gar die Vereinigten Staaten um Geld bitten könne. Moskau habe an Infrastrukturprojekten wie zum Beispiel Häfen in Griechenland ein Interesse. Wenn Deutschland hart bleibe, müsse man eben zu Plan B übergehen.<sup>56</sup> Die Antwort aus Moskau kam postwendend, als Außenminister Sergej Lawrow einen Tag später seinem griechischen Kollegen Kotzias erklärte, dass Russland helfen werde, wenn ein entsprechendes Hilfsersuchen in Moskau einging. Dabei scheute sich Kotzias in Moskau auch nicht, sein Bedauern über die EU-Sanktionen gegen Russland wegen der Ukraine-Krise zum Ausdruck zu bringen.<sup>57</sup> Der Kommentar von Ministerpräsident Tsipras war vieldeutig: Eine finanzielle Unterstützung durch Russland werde ‚derzeit‘ nicht gesucht, also auch nicht ausgeschlossen.<sup>58</sup> Als Tsipras am 8./9. April 2015 zum Staatsbesuch in Moskau weilte wurde kein Kredit zugesagt.

52 Ingrid Melander/Yann Le Guernigou: Greece cannot play France off against Germany, warns minister, in: Ekathimerini, 3.2.2015.

53 Vgl. Tilmann Kleinjung: Ein unverbindliches „Ja, aber“ aus Rom, in: Tagesschau.de, 3.2.2015.

54 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Das Kapital flüchtet aus Griechenland, 7.2.2015.

55 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Griechenland bittet zur Finanz-Zaubershow, 4.2.2015.

56 Vgl. Ekathimerini: Greece could get funding ‚from another source‘, says defense minister, 10.2.2015.

57 Vgl. Philip Chrysopoulos: Russian Foreign Minister: We Will Support the Greeks If They Ask, in: Greekreporter.com, 11.2.2015.

58 Vgl. Tsipras: Keine Hilfe aus Moskau, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.2.2015.

#### 4. Akt: EZB zieht die Notbremse: drohende Zahlungsunfähigkeit

Mitten hinein in die Athener Drohgebärden kam eine Entscheidung des EZB-Rates am 4. Februar 2015: Erstens wurde beschlossen, griechische Anleihen ab dem 11. Februar 2015 nicht mehr als Sicherheiten zu akzeptieren, weil die Umsetzung der mit Griechenland vereinbarten Reformen nicht gesichert sei. Schließlich wolle die griechische Seite, dass die Troika nicht länger ihren Verpflichtungen nachkomme. Griechische Banken hielten zum damaligen Zeitpunkt 8 bis 12 Milliarden Euro an Staatsanleihen, die sie nicht mehr bei der EZB hinterlegen konnten. Im Falle Griechenlands hatte die EZB bereits eine Ausnahme gemacht. Griechische Anleihen hätten den EZB-Regularien gemäß gar nicht mehr als Sicherheiten akzeptiert werden dürfen, weil sie auf ‚Ramschniveau‘ eingestuft worden waren. Wegen der Überwachung des Reformprogramms durch die Troika hatte die EZB eine Ausnahme gemacht. Zweitens hatte der EZB-Rat Mittel im Rahmen der Emergency Liquidity Assistance (ELA) in Höhe von maximal 60 Milliarden Euro für Griechenland beschlossen. Wegen der akuten Finanznot des griechischen Finanzsektors mussten diese Mittel bereits zwei Tage später auf 65 Milliarden Euro angehoben werden. Am 19. März 2015 wurden die zulässigen ELA-Mittel auf 69,8 und am 16. April 2015 auf 74 Milliarden Euro angehoben.<sup>59</sup> Die Refinanzierung griechischer Banken verteuerte sich damit. Mussten sie auf der Grundlage des EZB-Leitzinses bei Hinterlegung akzeptierter Staatsanleihen noch einen Zinssatz von 0,5 Prozent zahlen, so waren es bei den ELA-Zahlungen nunmehr 1,55 Prozent.<sup>60</sup> Auf diese Weise konnten Liquiditätsprobleme entstehen. Die EZB wurde kritisiert, unter anderem von Bundesbankpräsident Jens Weidmann, der daran erinnerte, dass ELA-Kredite nur an solvente Banken vergeben werden dürften. Als die EZB ankündigte, ab dem 9. Februar 2015 Staatsanleihen im Umfang von 1.140 Milliarden Euro aufzukaufen, um damit das Wachstum in der Europäischen Union zu beleben, wurde allerdings – sehr zum Verdruss der Athener Regierung – Griechenland aus dem Programm ausgeschlossen, weil das Land keine echten Reformen vorweisen könne.<sup>61</sup>

Reagierten die Märkte auf die Regierungsbildung in Athen noch relativ gelassen, so garierten sie angesichts der EZB-Entscheidung vom 4. Februar 2015 in helle Aufregung. Der Athener Leitindex brach zwischenzeitlich um mehr als 9 Prozent ein und die zehnjährigen Staatsanleihen rentierten über 11 Prozent.<sup>62</sup> Da half es auch nicht, dass in Athen und Thessaloniki Massendemonstrationen organisiert wurden. In Athen waren mehrere tausend SYRIZA-Anhänger unter dem Slogan „Wir lassen uns nicht erpressen, wir haben keine Angst, wir siegen“<sup>63</sup> auf der Straße. EZB-Chef Mario Draghi wurde vorgehalten, das Spiel von Bundeskanzlerin Angela Merkel zu spielen. Die Demonstranten konnten allerdings noch immer die Mehrheit der Griechen hinter sich wähen. Laut Meinungsumfragen befürworteten 70 bis 75 Prozent der befragten Griechen den Kurs der Regierung.<sup>64</sup> Die positiven Meinungsumfragen hielten viele griechische Bürger allerdings nicht davon ab, ihre Bankkonten in Griechenland zu räumen und ihre Finanzmittel im Ausland in Sicherheit zu

59 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.3.2015; und Yiannis Papadoyiannis: ECB raises ELA limit by 700 mln euros, in: Ekathimerini, 2.4.2015.

60 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Die Griechen laufen gegen eine Wand, 6.2.2015; und Frankfurter Allgemeine Zeitung: Fünf Milliarden Euro mehr Notkredite für Griechenland, 13.2.2015.

61 Vgl. Ekathimerini: BoG chief Stourmaras briefs PM Tsipras on ECB's decisions on Greece [Update], 6.3.2015.

62 Vgl. ARD.de: Sind die griechischen Banken in Gefahr?, 5.2.2015.

63 Vgl. Tagesschau.de: Griechen protestieren gegen EZB, 5.2.2015.

64 Vgl. ebenda; und Ekathimerini: Greek public strongly behind government's hard line in EU fight, poll shows, 10.2.2015.

bringen. Es kam zu einem regelrechten ‚bank run‘, weil sich die noch immer an Wahlversprechen ausgerichtete Regierung nicht mit den Gläubigern verständigen konnte. Allein im Januar 2015 verloren griechische Banken 27 Milliarden Euro. Die Bankeinlagen sanken Ende Januar 2015 auf den Tiefststand von 2012.<sup>65</sup> Die Verbindlichkeiten Griechenlands im Zahlungssystem Target stiegen seit Anfang 2015 auf über 91 Milliarden Euro an.<sup>66</sup> In dieser Situation wurde der Ruf nach Kapitalverkehrskontrollen laut, so wie sie in Zypern eingeführt werden mussten.<sup>67</sup> Die durch die Kapitalflucht verursachten Finanzprobleme wurden verstärkt, weil der Athener Regierung das Geld ausging. Die Finanzlöcher erwiesen sich größer als angenommen, weil viele Beamte in Frühpension geschickt worden waren und weil viele Steuerzahler bereits vor der Januar-Wahl in Erwartung von Steuererleichterungen ihre Steuerzahlungen eingestellt hatten. Die Entscheidung der EZB, die Kapitalflucht und die drohende Zahlungsunfähigkeit erhöhten den Druck auf die Athener Regierung, doch eine Verständigung mit den Gläubigern zu suchen.

### 5. Akt: Widersprüchliche Aussagen zum Schuldenerlass

Der griechische Finanzminister brachte es fertig, einerseits auf den Erlass der Schulden zu verzichten, andererseits gleichzeitig aber alle möglichen Konstruktionen zu entwerfen, die einem Schuldenschnitt gleichkommen. Anfang Februar 2015 engagierte die Regierung die französische Investmentbank Lazard, um einen Plan für einen Schuldenschnitt zu entwerfen. Der Vizepräsident der Bank Matthieu Pigasse hielt einen Schnitt von 100 Milliarden Euro für unverzichtbar.<sup>68</sup> Um die Troika ‚loszuwerden‘, wollte die Athener Regierung sogar auf die letzte Tranche der mit der Vorgängerregierung abgeschlossenen Kreditvereinbarung in Höhe von 7,2 Milliarden Euro verzichten. Über kurz laufende Staatstitel, sogenannte T-Bills, wollte Finanzminister Varoufakis die Finanzierung des Staatshaushalts sicherstellen.<sup>69</sup> Die EZB sollte auf Rückzahlung der Schulden verzichten und diese in Ewigkeitsdarlehen umwandeln. Es war bereits abzusehen, dass der mit den Gläubigern vereinbarte Primärüberschuss im Haushalt nicht mehr erzielt werden konnte, womit Schulden und Zinsen nicht bedient werden können.<sup>70</sup> Am 3. Februar 2015 teilte der griechische Finanzminister der *Financial Times* mit, sein Land wolle nicht länger den Erlass seiner Schulden fordern.<sup>71</sup> Mit der Bewilligung einer Anschlussfinanzierung bis Juni 2015 musste sich Griechenland gegenüber den Gläubigern förmlich auf Rückzahlung seiner Schul-

65 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Erhebliche Kapitalflucht aus Griechenland, 28.2.2015.

66 Hans-Werner Sinn definiert ein Target-Defizit als jenen Teil des Leistungsbilanzdefizits, der nicht durch Nettokapitalimporte finanziert ist und auf den EZB-Konten auftaucht. Vgl. Hans-Werner Sinn: Die Target-Falle. Gefahren für unser Geld und unsere Kinder, München 2012, S. 171. Zum Umfang der aktuellen Target-Defizite Griechenlands vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Kapitalverkehrskontrollen für Griechenland, 19.3.2015.

67 Entsprechende Forderungen haben Ifo-Chef Hans-Werner Sinn und Daniel Gros vom Brüsseler Centre for European Policy Studies gestellt. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Das Kapital flüchtet aus Griechenland, 7.2.2015.

68 Vgl. Sophie Sassard: Greek radicals play it safe with debt advisers Lazard, in: Ekathimerini, 6.2.2015.

69 Die griechische Regierung bekommt zunehmende Schwierigkeiten, ihre T-Bills abzulösen. Die Summen sind beträchtlich: 2,4 Milliarden Euro im April 2015, 2,8 Milliarden Euro im Mai 2015, 5,2 Milliarden Euro im Juni 2015, 2,0 Milliarden Euro im Juli 2015 und 1,0 Milliarden Euro im August 2015. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Von Montag an muss Athen seine Konten überziehen, 26.3.2015.

70 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Griechenland bittet zur Finanz-Zaubershow, 2015; und Frankfurter Allgemeine Zeitung: Griechenland braucht sofort bis zu 15 Milliarden Euro, 9.2.2015.

71 Vgl. Tony Barber: Greece finance minister reveals plan to end debt stand-off, in: *Financial Times*, 3.2.2015.

den verpflichten, was Varoufakis allerdings nicht hinderte, am 25. Februar 2015 abermals den Schuldenschnitt ins Gespräch zu bringen.<sup>72</sup>

### 6. Akt: Verhandlungen um ein Anschlussprogramm

Mit Aufnahme der Verhandlungen mit den Europartnern kam es zum Offenbarungseid der griechischen Regierung. So sehr sie sich auch wandte, vom Großteil ihrer Wahlversprechen musste sie Abschied nehmen und sich den harten Realitäten ihres überschuldeten Staates beugen. Am 11. Februar 2015 traf sich der griechische Finanzminister zum ersten Mal mit seinen Kollegen aus dem Euroraum. Bei diesem Treffen blieb er konkrete Pläne zur Lösung von Griechenlands Schuldenproblemen schuldig. 70 Prozent der im MoU vereinbarten Auflagen wollte er erfüllen, für die restlichen 30 Prozent forderte seine Regierung freie Hand, um Wahlversprechen umsetzen zu können. Mit diesen Konditionen wurde gleichzeitig eine dreimonatige finanzielle Überbrückung verlangt – als reiner Kredit ohne Auflagen und Überwachung.<sup>73</sup> Die Tatsache, dass das Hilfsprogramm der internationalen Geldgeber Ende Februar 2015 auslief und Griechenland eine Staatspleite drohte, konnte die griechische Seite nicht dazu bewegen, eine konsensuale Lösung mit den Europartnern zu suchen. Allerdings soll Varoufakis zur Unterzeichnung eines diesbezüglichen Kommuniqués bereit gewesen sein, dann aber von seinem Regierungschef zurückgehalten worden sein. Augenscheinlich war die griechische Seite nicht ausreichend über die finanzielle Lage des eigenen Landes informiert.

Am 16. Februar 2015 trafen sich die Finanzminister erneut, um eine gemeinsame Lösung zu finden – ohne Erfolg. Varoufakis forderte ein neues Programm, weil das alte die Ursache der griechischen Probleme gewesen sei. Die Europartner hielten dem entgegen, erst wenn Griechenland eine Verlängerung des Hilfsprogramms beantrage, wolle man weiter verhandeln. Wieder kam auf griechischer Seite der Vorschlag auf, nur 70 Prozent des alten Programms umzusetzen. Der EU-Kommissar für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Pierre Moscovici, legte – ohne Mandat der Eurogruppe und während der laufenden Diskussionen – ein Kompromisspapier vor, das von griechischer Seite wohl akzeptiert worden wäre, nicht aber von den Europartnern. Das Papier von Moscovici, aber auch ein längeres Telefonat zwischen Kommissionspräsident Juncker und Ministerpräsident Tsipras vermittelten nicht den Eindruck eines kohärenten Vorgehens auf Seiten der europäischen Akteure. Es wurde gemutmaßt, dass Moscovici wie auch Juncker auf eine Lockerung des Sparkurses abzielten.<sup>74</sup> Die griechische Seite nutzte das wenig abgestimmte Auftreten von Kommission und Europartnern medial aus und veröffentlichte die Vorträge von Varoufakis vor der Eurogruppe am 11. und 16. Februar 2015 sowie das Papier von Moscovici.<sup>75</sup> Die letztgenannte Vorlage kam den griechischen Vertretern inhaltlich und auch verbal entgegen. Recht unverbindlich wurden die Verpflichtungen gegenüber den Partnern erwähnt. Die Einhaltung des vereinbarten Primärüberschusses sollte von den wirtschaftlichen Um-

72 Vgl. Tagesschau.de: Griechen-Streit beginnt von vorn, 25.2.2015. In seinem Blog über die Beziehungen zwischen Griechen und Deutschen vom 20. März 2015 wiederholte Varoufakis zumindest implizit, dass ein Schuldenschnitt notwendig sei. Deutschland habe ab 2010 nur die Banken gerettet. Was passiert wäre, wenn es den bail-out für Griechenland nicht gegeben hätte, darüber lässt sich der Finanzminister nicht aus. Vgl. Yanis Varoufakis: On Greeks and Germans: Re-imagining our shared future, in: [yanisvaroufakis.eu](http://yanisvaroufakis.eu), 20.3.2015.

73 Vgl. ProtothemaNews: Negotiations at the Eurogroup meeting are expected to be tough, 11.2.2015.

74 Vgl. ausführlich Marlies Uken: Eine Schlacht um Worte, in: *Die Zeit*, 17.2.2015.

75 Vgl. Yanis Varoufakis Talk in the 11<sup>th</sup> February 2015 Eurogroup Meeting, 18.2.2015, abrufbar unter: <http://www.tovima.gr/files/1/2015/02/18/eur.pdf> (letzter Zugriff: 26.2.2015).

ständen abhängig gemacht werden. Dass stattdessen von Wachstumsperspektiven und der ‚humanitären Krise‘ in Griechenland die Rede war, dürfte auf griechischer Seite mit Wohlwollen aufgenommen worden sein. Statt einer Verlängerung des alten Programms beharrte Varoufakis auf einer neuen Kreditvereinbarung – ohne Auflagen – zur Überbrückung der akuten Finanzierungslücke.<sup>76</sup> Den von Eurogruppenchef Dijsselbloem vorgelegten Entwurf eines Abschlusskommuniqués, in dem Reformvorhaben, die Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern, das Unterbleiben einseitiger Aktionen, die Erzielung eines Primärüberschusses und die Verpflichtung auf fiskalische Stabilität festgehalten wurden, lehnte Varoufakis ab.

Vier Tage bevor griechischen Quellen zufolge die Zahlungsunfähigkeit des Staates drohte, kamen die Finanzminister am 20. Februar 2015 erneut zusammen.<sup>77</sup> Fünf Grundsätze kennzeichneten die Ausgangsposition der Europartner: erstens, dass vereinbarte Reformen nicht rückgängig gemacht werden; zweitens, dass neue Maßnahmen nur in Absprache mit den Institutionen ergriffen werden; drittens, dass Kredite an die Gläubiger zurückgezahlt werden; viertens die Zusicherung, mit den Institutionen zusammenzuarbeiten; und fünftens die erfolgreiche Beendigung des angelaufenen Programms. Der am 18. Februar 2015 von Varoufakis an Eurogruppenchef Dijsselbloem übermittelte Brief ging auf diese Forderungen nur sehr unverbindlich ein. Die finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern sollten lediglich „honoriert“ werden. Mit diesen wollte man nur „kooperieren“. Statt von verbindlichen Auflagen wurde von „Supervision“ durch die Partner gesprochen und die Verpflichtungen des Anschlussprogramms wurden als „Vorschläge“ bezeichnet. Im Übrigen wiederholte die griechische Seite ihre Ideen bezüglich der Finanzierung eines Brücken-Kreditprogramms.<sup>78</sup>

Kommissionspräsident Juncker und auch Vertreter der Opposition im Deutschen Bundestag sahen „positive Zeichen“<sup>79</sup>, doch, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 20. Februar 2015 schrieb, hatte das Pokerface Varoufakis in Wolfgang Schäuble seinen Meister gefunden. Der deutsche Finanzminister lehnte die griechischen Vorschläge kategorisch ab, weil sie keiner substantziellen Lösung entsprächen. Es sei keineswegs so, dass, wie Varoufakis immer wieder hervorhob, die Vereinbarungen zwischen Gläubigern und Griechenland mit den Wahlen vom Januar 2015 ungültig geworden seien. Athen stehe schließlich weiterhin in der Pflicht, die von der Vorgängerregierung getroffenen Vereinbarungen einzuhalten, und auch die Gläubiger seien ihren Bürgern verpflichtet. Als die Finanzminister am 20. Februar 2015 zusammenkamen, dauerte die Sitzung gerade einmal zwei Stunden. Das griechische Papier wurde gar nicht behandelt. Die anderen 18 Eurostaaten legten ein zuvor untereinander abgestimmtes Papier vor, das dann auch beschlossen wurde. Im Kommuniqué wurde festgehalten, dass die griechische Seite eine Verlängerung des Anschlussprogramms um vier Monate beantragt, einschließlich der darin verein-

76 Die Finanzmittel für die Übergangsfinanzierung sollten aus drei Quellen kommen: Erstens 10 Milliarden Euro durch die Emission von T-Bills, zweitens 11 Milliarden Euro durch Umwidmung der Mittel aus dem europäischen Hilfspaket für die griechischen Banken (Hellenic Financial Stability Fund, HFSF) und drittens 1,8 Milliarden Euro vom Gewinn der EZB mit griechischen Staatsanleihen.

77 Zur Finanzlage Griechenlands vgl. Sotiris Nikas: Feb. 24 to be the first crunch day for Greek state coffers, in: Ekathimerini, 18.2.2015.

78 Vgl. Ekathimerini: Greek request letter for bailout extension, 19.2.2015.

79 Vgl. Werner Mussler: Griechenversteher oder Gläubigeranwalt?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.2.2015; und Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Griechenland: Ablehnung der Bundesregierung ist brandgefährlich, Pressemitteilung, 19.2.2015, abrufbar unter: [http://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemittelungen/2015/februar/griechenland-ablehnung-der-bundesregierung-ist-brandgefahrlch\\_ID\\_4394544.html](http://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemittelungen/2015/februar/griechenland-ablehnung-der-bundesregierung-ist-brandgefahrlch_ID_4394544.html) (letzter Zugriff: 26.2.2015).

barten Auflagen, die mit einer gewissen Flexibilität einzuhalten seien. Bis zum 23. Februar 2015 hatte Griechenland eine Liste von beabsichtigten Reformen vorzulegen, über die endgültig Ende April 2015 entschieden werden sollte. Nicht neues Geld, sondern die nicht verbrauchten Mittel des alten Programms sollten zum Einsatz kommen. Die Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern sollten „vollständig und rechtzeitig“ erfüllt werden. Bereits ergriffene Reformmaßnahmen der Vorgängerregierung sollten nicht wieder rückgängig gemacht werden.<sup>80</sup> Ungeachtet der von Griechenland gemachten Zugeständnisse bemühte sich die Athener Regierung, die Vereinbarung als Erfolg zu verkaufen.<sup>81</sup> Widerspruch dagegen kam aber auch aus den eigenen Reihen. Der in Griechenland wegen seines Widerstands gegen die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg geachtete Europaabgeordnete Manolis Glezos beklagte die „Augenwischerei“ der SYRIZA-Führung. Schließlich gebe es weiterhin eine Troika, die jetzt nur Institutionen genannt werde, und statt MoU spreche man nun von Vereinbarung.<sup>82</sup> Dass die linke Regierung in Athen nun eine verpflichtende Reformliste von den Europartnern absegnen lassen müsse, wurde als Niederlage eingeschätzt. Als die Euro-Finanzminister am 24. April 2015 in Riga zusammenkamen, konnte Varoufakis noch immer nicht – so wie vereinbart – eine befriedigende Reformliste vorlegen. Also floss auch kein Geld nach ‚Athen‘.

#### *7. Akt: Athener Reformliste: Kann Mehrdeutigkeit ‚konstruktiv‘ sein?*

Nicht am 23. Februar 2015, sondern einen Tag später ging die geforderte Reformliste in Brüssel ein. Im Zentrum stand die fiskalische Konsolidierung, insbesondere durch Anhebung der Staatseinnahmen. Von den weitgehenden Wahlversprechen fand sich wenig. SYRIZA, konfrontiert mit den Realitäten, hatte, wie ein Kommentator meinte, eine „liberale Wende“ vollzogen.<sup>83</sup> Allerdings war vieles auch so unpräzise formuliert, dass zukünftige Auseinandersetzungen um die Interpretation absehbar waren. Finanzminister Varoufakis lobte die „konstruktive Mehrdeutigkeit“ der Vereinbarung.<sup>84</sup> Statt der Festlegung, dass es sich bei der Aufstellung um eine abgeschlossene Liste von Reformen handelt, fand sich bei der Festlegung, dass solche Maßnahmen „no negative fiscal effect“ haben dürften. Etliches war doppeldeutig formuliert. Privatisierungsprojekte beispielsweise, die noch nicht begonnen wurden, sollen neu bewertet werden. Privatisierungen wurden überhaupt sehr zurückhaltend behandelt. Das Papier setzte eher auf staatliche Interventionen, während Wettbewerbsfähigkeit, Deregulierung und attraktive Konditionen für in- und ausländische Investoren als Ziele von Privatisierung peripher waren. Problematisch war auch die Aussage, dass die Reformliste mit der Regierungserklärung von Tsipras vom 8. Februar 2015 übereinstimme.

Im Einzelnen hatte die griechische Regierung unter anderem folgende Reformvorhaben aufgelistet: Mit verschiedenen Maßnahmen sollten die Steuereinnahmen erhöht werden. Die Reichen standen im Mittelpunkt, ein negativer Einfluss auf die soziale Gerechtigkeit

80 Vgl. Rat der Europäischen Union, Eurogruppe: Eurogroup Statement on Greece, 20.2.2015, abrufbar unter: <http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2015/02/150220-eurogroup-statement-greece/> (letzter Zugriff: 23.2.2015).

81 Ministerpräsident Tsipras sprach davon, nicht der Krieg, aber eine Schlacht sei gewonnen worden. Die Troika gebe es nicht mehr. Vgl. Thomas Bormann: Tsipras biegt sich die Wahrheit zurecht, in: Tagesschau.de, 21.2.2015.

82 Vgl. Tobias Piller: Poker um Griechenlands Reformprogramm, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.2.2015.

83 Vgl. Eric Bonse: Das Soziale kommt zum Schluss, in: Tageszeitung, 25.2.2015.

84 Vgl. Piller: Poker um Griechenlands Reformprogramm, 2015.

sollte vermieden werden. Kleine Schuldner sollten zum Beispiel ‚entkriminalisiert‘, die Steuer- und Zollverwaltung modernisiert und nicht auf den Lohn bezogene Vergünstigungen im öffentlichen Dienst verringert werden. Im Gesundheitswesen sollten die Ausgaben gesenkt, gleichzeitig der öffentliche Zugang gewahrt werden. Die Rentenversicherung sollte reformiert und die exzessive Frühverrentung im öffentlichen Dienst beendet werden. Zu der von SYRIZA im Wahlkampf versprochenen 13. Rente gab es keine Aussage.<sup>85</sup> Die Korruptionsbekämpfung sollte eine nationale Priorität sein – in dieser allgemeinen Formulierung nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit. Treibstoff- und Tabaksmuggel sollten unterbunden sowie Anzahl und Ausstattung der Ministerien gekürzt werden. Zur beabsichtigten Wiedereinstellung von Beamten fehlte eine Aussage, lediglich die Lohnsumme im öffentlichen Dienst sollte nicht steigen, von einer Reduzierung kein Wort. Anders als gewünscht erhielt die griechische Regierung keinen freien Zugriff auf den Hellenic Financial Stability Fund (HFSF), dieser bleibt der Sicherung von Banken vorbehalten. Zwangsveräußerungen von Immobilien zur Begleichung von Steuerschulden sollten bei Eigentümern unter einer bestimmten Einkommensgrenze unterbleiben. Immerhin sollten bürokratische Hürden abgebaut werden. Abgeschlossene Privatisierungen sollten nicht infrage gestellt werden. Zum Arbeitsmarkt wurde zwar die aktive Arbeitsmarktpolitik, nicht aber die De-regulierung betont. Der freie Zugang zu rund 400 regulierten Berufen (vom Bäcker über den Lastwagenfahrer bis zum Friseur) sollte erleichtert werden. Weil es in der Vergangenheit reichlich Unzufriedenheit mit der Validität griechischer Statistiken gab, verpflichtete sich die Regierung, diesen Missstand zu beseitigen. Im Bereich der sogenannten humanitären Krise ging es um vier Einzelmaßnahmen: Essensmarken sollen an Bedürftige ausgeteilt werden, Korruptionsbekämpfung soll den Zugang zum Gesundheitswesen sichern, das Pilotprojekt einer Minimum-Einkommenssicherung soll landesweit überprüft werden und Mietzuschüsse sollen gewährt werden. Von einer Anhebung des Mindestlohns ist keine Rede. Alle Maßnahmen sollen keinen negativen fiskalischen Effekt aufweisen.<sup>86</sup> Am 17. März 2015 nahm das griechische Parlament ein Gesetz an, laut dem Zuschüsse für Essen, Mieten und Strom gewährt werden sollen. Die Kosten wurden mit rund 200 Millionen Euro angegeben. Auch Abgeordnete der Neuen Demokratie und der PASOK stimmten dem Gesetz zu. Kommissar Moscovici bemängelte allerdings, dass dieses den Haushalt belastende Gesetz nicht mit den Gläubigern abgestimmt worden sei.<sup>87</sup>

Zur Sitzung der Finanzminister am 9. März 2015 legte Athen eine erneute Liste beabsichtigter Reformen vor. Danach sollte der Aufsichtsbehörde für Staatsschulden mehr Unabhängigkeit gewährt und die Verwaltung von Haushaltsmitteln technisch verbessert werden. Aufsehen erregte der Vorschlag, zur Bekämpfung von Steuervermeidung künftig auch Hausfrauen und Studenten kurzfristig einzusetzen. Sie sollten prüfen, ob Quittungen ausgestellt würden. Bei der Eintreibung ausstehender Schulden wurde eine Amnestie angekündigt. Bis zu 3 Milliarden Euro hoffte man mit dem Verkauf von Lizenzen für Internetlotterien eintreiben zu können. Mit der digitalen Speicherung von Bürgerdaten sollte der

85 Die öffentlichen Rentenausgaben in Griechenland lagen nach den letztverfügbaren Daten der OECD 2012 mit 13 Prozent deutlich über dem Durchschnitt aller OECD-Länder mit 7,8 Prozent. Vgl. OECD: Pensions at a Glance 2013, Paris 2013, S. 260. 2009 hat der staatliche Zuschuss zur Rentenversicherung noch 20 Milliarden Euro betragen, 2015 ist der Betrag auf 14 Milliarden geschrumpft. Vgl. Rainer Herrmann: Massive Kürzungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.3.2015.

86 Finanzminister Varoufakis' Interpretation der Ergebnisse sind zu finden unter: ProtothemaNews: Govt reforms list: Take from the rich, give to the poor, 24.2.2015.

87 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Athen beschließt Hilfe für Arme, 19.3.2015; und Ekathimerini: Parliament adopts new anti-poverty law, 18.3.2015.

bürokratische Aufwand reduziert werden. An den Sozialausgaben zur Bekämpfung der ‚humanitären Krise‘ (Essenszulagen, kostenlose Stromlieferungen und Mietzuschüsse) hielt die griechische Regierung fest.<sup>88</sup> Die Finanzminister unterließen es allerdings, über die Reformliste zu diskutieren und überließen dies den Experten von Kommission, EZB und IWF.

Als die griechische Regierung am 30. März 2015 den Gläubigern ihre Vorhaben präsentierte, war gleichsam der Höhepunkt unprofessioneller Regierungsarbeit erreicht: Die Vorhaben wurden auf Laptops, teilweise sogar in griechischer Sprache in Brüssel präsentiert. Weil dies von den Partnern nicht akzeptiert wurde, musste die Liste nachgebessert werden. Diese enthielt dann folgende, von der Regierung geplante Vorhaben, um zum einen die Finanzlage des griechischen Staates und zum anderen die Lage der Bürger zu verbessern:

- Überweisungen von Schwarzgeld aus Griechenland ins Ausland sollen nachträglich kontrolliert werden, was Einnahmen von rund 725 Millionen Euro erbringen soll.
- Durch eine verbesserte Erfassung der Einnahmen aus der Mehrwertsteuer sollen 350 Millionen Euro erzielt werden.
- 350 Millionen Euro sollen durch den Verkauf von Lizenzen an private Fernsehsender eingenommen werden.
- Die Vergabe von Lizenzen an elektronische Kasinos und die Zahlungen säumiger Schuldner an den Staat sollen 255 Millionen Euro an Einnahmen erbringen.
- Die gezielte Kontrolle, ob auch Quittungen ausgestellt werden, soll mit zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen in Höhe von 270 Millionen Euro zu Buche schlagen. Waren zuvor Studenten und Hausfrauen als mögliche Kontrolleure ins Spiel gebracht worden, so sollen nunmehr einige Quittungen Preise bei Lotterien gewinnen können.
- 225 Millionen Euro hofft man durch verbesserte Mechanismen zur Steuereintreibung zu erzielen.
- 300 Millionen Euro sollen durch eine Veränderung der Einkommensteuer eingenommen werden.
- Weitere 250 Millionen Euro soll die Bekämpfung des Schmuggels im Bereich Treibstoffe und Tabak einbringen.
- Die von der Regierung beziehungsweise einzelnen führenden Vertretern von SYRIZA immer wieder infrage gestellten Privatisierungen sollen nunmehr 1,5 Milliarden Euro in die Staatskasse fließen lassen.

Darüber hinaus wurden folgende Maßnahmen angekündigt:

- Das Generalsekretariat für Steuereintreibung soll modernisiert werden, ebenso der Steuereinzug, Ausnahmetatbestände im Steuerwesen sollen abgeschafft werden.
- Verzögerungen bei der Zahlung von Steuern an den Staat sowie bei Erstattungen von Steuern an die Bürger sollen unterbunden werden.
- Der Umgang mit öffentlichen Geldern soll verbessert werden, um Verschwendungen künftig zu verhindern.
- Die Strafverfolgung bei Finanzdelikten soll neu geregelt werden.
- Die im öffentlichen Dienst weit verbreitete Frühverrentung soll beendet werden.
- Die Unabhängigkeit des Statistikamtes Griechenlands (ELSTAT) soll vergrößert werden. Bekanntlich hatten ‚friesierte‘ Daten im Zuge der Staatsschuldenkrise eine wichtige Rolle gespielt.

88 Vgl. Greekreporter.com: The Full 11-Page Letter Greek FinMin Varoufakis Submitted to Eurogroup President Dijsselbloem, 6.3.2015.

- Außergerichtliche Verfahren sollen der Überlastung griechischer Gerichte entgegenwirken und Verfahren beschleunigen.
- Die seit Anfang 2014 erhobene und besonders unpopuläre Einheitliche Immobilienbesitz-Steuer (ENFIA) bleibt vorerst bestehen und soll erst später durch eine Steuer auf Großgrundbesitz ersetzt werden.<sup>89</sup>

Zur Telefonkonferenz der Finanzstaatssekretäre am 1. April 2015 legte die Athener Regierung eine erneut überarbeitete und erstmals mit konkreten Berechnungen unterlegte Reformliste vor.<sup>90</sup> Darin waren die Lieblingsvorhaben der Regierung aufgeführt, die allerdings nicht mit den Gläubigern abgestimmt waren. So sollte das Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts hinausgeschoben und die 13. Rente für Bezieher von Niedrigrenten wieder eingeführt werden. Zwischen 4,684 und 6,111 Milliarden Euro sollten 2015 zusätzlich eingenommen werden, die zusätzlichen Ausgaben wurden auf 1,148 Milliarden Euro beziffert. Als optimistisch wurden Prognosen eingeschätzt, wonach 2015 mit einem Wirtschaftswachstum von 1,4 Prozent und einem Primärüberschuss von 3,1 bis 3,9 Prozent zu rechnen sei. Die Vorgängerregierung war davon ausgegangen, dass für einen Primärüberschuss von 3,0 Prozent ein Wachstum von 2,9 Prozent erforderlich sei.

Sobald die Gläubiger die Reformvorhaben akzeptiert haben, sind die Voraussetzungen gegeben, dass Finanzmittel nach Athen fließen. 7,2 Milliarden Euro stehen zur Verfügung: 1,8 Milliarden Euro als letzte Tranche des EFSF-Programms, 3,6 Milliarden Euro vom IWF und 1,8 Milliarden Euro Zinsgewinne, die von der EZB wegen der von Griechenland verfügt Beendigung der Troika-Kontrollen einbehalten wurden. Die Experten der Brüsseler Gruppe hielten es für erforderlich, wieder nach Athen zu reisen und in den Ministerien die nötigen Daten für die ‚wolkigen Vorlagen aus Athen‘ zu besorgen.<sup>91</sup> Auch wenn die griechische Seite noch so sehr um Überweisung von zumindest 448 Millionen Euro bat, um wenigstens einen IWF-Kredit fristgerecht zurückzahlen zu können,<sup>92</sup> wurden keine Gelder frei gegeben.

### 8. Akt: Vorläufiger Schluss: das Votum der Gläubiger

Als im Deutschen Bundestag am 27. Februar 2015 die Abstimmung über die Anschlussfinanzierung für Griechenland auf der Tagesordnung stand, empfand erstmals auch die Mehrzahl der Abgeordneten der Fraktion Die Linke die Finanznot in Griechenland und die Notwendigkeit einer Finanzhilfe als so groß, dass 41 der 61 Abgeordneten der von der Bundesregierung beantragten Anschlussfinanzierung zustimmten. Im Bundestag votierten

89 Quellen aus der Umgebung des Büros des Ministerpräsidenten haben die Richtigkeit der Liste bestätigt, allerdings auch betont, dass weitere Vorhaben geplant sind. Vgl. Ekathimerini: Greek government proposes measures worth 3.7 bln, 31.3.2015.

90 Diese Liste ist von der Financial Times veröffentlicht worden. Vgl. ft.com: Greece submits new list of reforms to eurozone, 1.4.2015. Die Liste ist einsehbar unter: <http://im.ft-static.com/content/images/55b27a7e-d87c-11e4-ba53-00144feab7de.pdf> (letzter Zugriff: 4.4.2015).

91 Vgl. Werner Mussler: Athen erhält keinen vorzeitigen Kredit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.4.2015; und Ekathimerini: Finance Ministry officials to discuss talks progress as EU pushes for action [Update], 1.4.2015.

92 Vgl. To Vima: Brussels Group concludes session – EWG scheduled for Wednesday, 31.3.2015. Bis zum 1. Mai 2015 kamen auf die Athener Regierung weitere Rückzahlungstermine von T-Bills zu: 1,4 Milliarden Euro am 14. April und 1 Milliarde Euro am 17. April. Darüber hinaus 80 Millionen Euro an die EZB und 200 Millionen Euro an den IWF am 1. Mai. Vgl. ProtothemaNews: Key April dates for the Greek economy, 4.4.2015.

542 Abgeordnete mit Ja, 32 mit Nein, 13 Parlamentarier enthielten sich.<sup>93</sup> Auch in Estland, Malta und Slowenien bedurfte es einer Zustimmung der Parlamente. Am 28. Februar lag diese vor. In Finnland und der Slowakei, bei denen ebenfalls ein Parlamentsvorbehalt verankert ist, wurde auf eine Abstimmung verzichtet.<sup>94</sup>

Sobald die Gläubiger die Reformliste akzeptiert haben, sind die Voraussetzungen gegeben, dass weitere Finanzmittel nach Athen fließen – immer unter dem Vorbehalt, dass die Auflagen eingehalten werden. Die EZB könnte nach einer Einigung Griechenlands mit der Eurozone auch wieder griechische Staatsanleihen als Sicherheiten für die Gewährung von ELA-Krediten akzeptieren.<sup>95</sup>

### **Reformen – versprochen und gebrochen?**

Wie bescheiden die Erwartungen griechischer Unternehmer an die Politik nach den Wahlen geworden sind, wird aus dem Statement des Chefs eines börsennotierten Konzerns deutlich: Positiv sei, dass das Land umgehend nach der Wahl eine Regierung bekommen habe und Neuwahlen vermieden worden seien. Wenn jetzt die Regierung vier Jahre halte und danach eine europafreundliche konservative Regierung komme, dann gäbe es eine Perspektive auf Wachstum.<sup>96</sup> Obwohl die neue Regierung versprochen hatte, mit einer eingefahrenen Tradition in Griechenland zu brechen und nicht Parteifunktionäre an die Spitze öffentlicher Unternehmen zu setzen,<sup>97</sup> wurde an die Spitze der Nationalbank die ehemalige PASOK-Ministerin Louka Katseli berufen.<sup>98</sup> Die Führung der Privatisierungsbehörde wiederum wurde entlassen.<sup>99</sup> An der Spitze steht jetzt Stergios Pitsiorlas, ein Berater der SYRIZA-Parteiführung.<sup>100</sup> Privatisierungen waren in den Anfangstagen der Regierung ohnehin ein großes Thema. Der zuständige Minister Lafazanis, Vertreter des kommunistischen SYRIZA-Flügels, meldete sich wiederholt zu Wort und kündigte den Stopp der Privatisierungen an.<sup>101</sup> Betroffen von den Stopps ist der Hafen von Piräus, bei dem die dort bereits aktive Cosco-Group aus China ein Angebot unterbreitet hatte. Ebenso sollen der Energiekonzern Public Power Corporation of Greece, Hellenic Petroleum (ELPE), die Staatseisenbahn, das Gasversorgungsunternehmen Depa, die Eldorado-Goldmine im Norden des Landes und der alte Flughafen Ellenikon in Athen sowie 14 griechische Regionalflughäfen von der Privatisierung verschont bleiben.<sup>102</sup> Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist aufgrund von Frühpensionierungen, Versetzungen in die ‚Arbeitsreserve‘

93 Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 89. Sitzung, Berlin, Freitag, den 27. Februar, Plenarprotokoll 18/89, S. 8434 (B)-8436 (D).

94 Vgl. Nicolaus Heinen/Alessandro Theiss: EFSF. Beteiligung der Parlamente in den Euro-Ländern, Präsentationsfolien von Deutsche Bank Research, abrufbar unter: [http://www.dbresearch.de/PROD/DBR\\_INTERNE\\_T\\_DE-PROD/PROD0000000000279743.pdf](http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNE_T_DE-PROD/PROD0000000000279743.pdf) (letzter Zugriff: 28.2.2015); und Günter Bannas: Rufe nach europäischer Solidarität, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.2.2015.

95 Das Sondertreffen am 19. März 2015 zwischen Ministerpräsident Tsipras, Bundeskanzlerin Merkel, Frankreichs Staatspräsident Hollande, Eurogruppenchef Dijsselbloem sowie den Präsidenten von EZB, Europäischem Rat und Europäischer Kommission, Draghi, Tusk und Juncker, bestätigte noch einmal, dass die vereinbarten Auflagen zu erfüllen seien. Vgl. Tagesschau.de: Geld gegen Reformen – aber schnell, 20.3.2015.

96 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Radikaler Spar-Gegner wird Finanzminister, 27.1.2015.

97 Vgl. Ekathimerini: Greece will not appoint party officials to run banks, says gov't spokesman, 2.2.2015.

98 Vgl. Tagesschau.de: Wunden der Sparpolitik heilen, 9.2.2015; und Ekathimerini: CEO of National Bank says he and chairman to step down, 2.9.2015.

99 Vgl. Tagesschau.de: Finanzminister zieht Paris-Besuch vor, 31.1.2015.

100 Vgl. Tobias Piller: Regierung Tsipras bremst Reformen ab, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.3.2015, S. 19.

101 Vgl. Ekathimerini: Energy minister insists Greece will roll back privatizations, 25.2.2015.

102 Vgl. Spiegel Online: Reformstopp: Griechenland holt Tausende Ex-Beamte zurück in den Dienst, 28.2.2015.

und 942.000 Entlassungen Ende 2009 auf 675.000 im Jahr 2014 gefallen. Große Hoffnungen hatte die von SYRIZA geführte Regierung den entlassenen Angehörigen des öffentlichen Dienstes gemacht: Alle Beschäftigten, deren Entlassung angeblich verfassungswidrig war, sollten wieder eingestellt werden. Später wurde die Zahl von 3.500 Beschäftigten genannt. 595 Putzfrauen, die monatelang eine Mahnwache vor dem Finanzministerium abgehalten hatten, sollten ebenfalls wieder eingestellt werden.<sup>103</sup> Viele Griechen hofften augenscheinlich darauf, dass nach der Wahl das verbreitete Klientel-System – nunmehr unter SYRIZA – fortbestehen würde. Es bleibt abzuwarten, ob sich SYRIZA oder aber die Gläubiger durchsetzen werden und ob der Klientelismus im Zuge der Reformauflagen finanziell ausgetrocknet wird. Dies wird auch davon abhängen, ob die neue Regierung genügend andere Wege findet, ihre Parteigänger zufrieden zu stellen.

Während die neue Regierung auf der einen Seite versprach, die Steuereinnahmen kräftig zu erhöhen, unter anderem dadurch, dass auch die bislang steuerbefreiten Reeder zur Kasse gebeten werden, kündigte Finanzstaatssekretärin Nadia Valavani am 19. Februar 2015 an, mittellosen Privatleuten und Unternehmen einen Großteil ihrer Steuerschulden zu erlassen. Insgesamt sollen sich in Griechenland 76 Milliarden Euro an ausstehenden Steuern und nicht gezahlten Sozialbeiträgen angehäuft haben. Weil diese Schulden aber schwierig einzutreiben seien und weil man die Wohlhabenden belasten wolle, könnten, so die Staatssekretärin, nur 9 Milliarden Euro eingetrieben werden.<sup>104</sup> Am 20. März 2015 verabschiedete das Athener Parlament mit Zustimmung der Regierungs-, aber auch der Oppositionsfraktionen ein Gesetz, wonach Steuerschuldner ihre Schulden in 100 Raten zurückerzahlen können. Wer seine Schulden bis Ende März 2015 beglich, musste auch keine Bußgelder und Verzugszinsen zahlen.<sup>105</sup>

Die Reaktion der Märkte auf die Ankündigung von Staatssekretärin Valavani war eindeutig: Unmittelbar danach fielen die Aktienkurse und die Renditen der Staatsanleihen mit zehn Jahren Laufzeit stiegen auf über 10 Prozent. Als der Verzicht auf die Forderung nach einem Schuldenerlass propagiert wurde, beruhigten sich die Kurse wieder. Und als die Europartner sich ernsthaft mit der von Athen vorgelegten Reformliste beschäftigten, floss auch wieder Kapital nach Griechenland zurück, das zuvor in großem Umfang außer Landes gebracht worden war. Am 24. und 25. Februar 2015 wurden insgesamt 850 Millionen Euro zu den griechischen Banken transferiert.<sup>106</sup>

In der vielfach kritisierten Migrationspolitik Griechenlands kündigt sich ein Wandel an.<sup>107</sup> Flüchtlinge aus dem gefängnisähnlichen Lager Amygdaleza im Nordwesten Athens wurden entlassen und erhielten vorläufige Papiere. Ein Einwanderer aus Pakistan hatte sich dort das Leben genommen.<sup>108</sup> Alle Migranten, die länger als sechs Monate in einem Aufnahmelager verbracht haben, sollen entlassen werden. Polizeiaktionen gegen Ausländer sollen unterbunden und Migranten der zweiten Generation die griechische Staatsbür-

103 Vgl. Piller: Halbstark, 2015.

104 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Griechenland versucht es mit allen Tricks, 20.2.2015.

105 Vgl. Tagesschau.de: Bessere Steuermoral per Gesetz, 22.3.2015. So kann zum Beispiel der russische Oligarch und Besitzer des Fußballklubs PAOK Thessaloniki Ivan Savvidis, der dem griechischen Staat inklusive Strafzinsen 20,8 Milliarden Euro schuldet, 10,8 Milliarden Euro sparen, wenn er seine Steuerschuld von 10 Milliarden Euro begleicht. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Griechenland auf der Suche nach Milliarden, 20.4.2015.

106 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Tsipras schickt Athener Märkte in die Baisse, 29.1.2015; und Tagesschau.de: Athen muss kein Nein aus Berlin befürchten, 27.2.2015.

107 Vgl. Zum Beispiel Human Rights Watch: Hate on the Streets. Xenophobic Violence in Greece, July 2012.

108 Vgl. Ekathimerini: Greece will not hold migrants for more than 18 months, 17.2.2015.

gerschaft gewährt werden.<sup>109</sup> Diese Ankündigungen tragen deutlich die Handschrift von SYRIZA. Ob der Koalitionspartner ANEL mit seiner xenophoben Einstellung dies letztlich mit trägt, bleibt abzuwarten. Der zuständige stellvertretende Minister Giannis Panoussis konnte es allerdings nicht unterlassen, seinen EU-Partnern zu drohen: „If Europeans do not understand what we say, then let us break the Schengen Agreement and give documents to 300,000 immigrants who will scatter around Europe.“<sup>110</sup> Außenminister Kotzias bekräftigte die Drohung mit der Feststellung, unter den Flüchtlingen könnten sich auch viele Dschihadisten befinden.<sup>111</sup>

Die Regierung Tsipras wird nicht müde, das Thema Reparationsleistungen und Wiedergutmachung durch Deutschland zu thematisieren. Die Bundesregierung ist der Auffassung, das Thema sei politisch und rechtlich abgeschlossen, zeigt sich jedoch verschiedenen Initiativen zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen wie beispielsweise einem deutsch-griechischen Freundschaftswerk oder dem seit 2014 bestehenden Zukunftsfonds gegenüber offen. Insbesondere wird die Verknüpfung der Wiedergutmachung mit der aktuellen Schuldenproblematik abgelehnt.<sup>112</sup> Das Athener Parlament hat dagegen am 8. März 2015 beschlossen, einen All-Parteien-Ausschuss zur Frage insbesondere der Rückzahlung der 1944 von Deutschland erhobenen Zwangsanleihe zu gründen.<sup>113</sup> Anfang April 2015 äußerte der stellvertretende Finanzminister Dimitris Mardas im Athener Parlament, Deutschland schulde Griechenland 278,7 Milliarden Euro.<sup>114</sup> Wie immer sich Deutschland und Griechenland in dieser Frage verständigen, man wird zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Kritik am Ausland in Griechenland eine lange Tradition insbesondere bei der politischen Linken hat.<sup>115</sup> Früher mussten die USA für diese Rolle herhalten. Fast jede Demonstration endete seit den 1980er Jahren vor der US-Botschaft in Athen. Heute hat man Deutschland diese Rolle zugeschrieben.

### **Außenpolitik: nur Flirt mit Russland oder mehr?**

Aufgrund der Verlautbarungen in der Vergangenheit müssen sich die EU-Partner darauf einstellen, dass die Regierung Tsipras ein schwieriger Partner werden könnte, wenn es bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) um Russland und um Missionen im Rahmen der GSVP geht. Der Krieg in der Ukraine hat deutlich gemacht, dass Russlands Regierung nicht länger auf Kooperation setzt, sondern die Partnerschaft der Europäischen Union mit den östlichen Nachbarn konterkarieren will. Die Sanktionen der Europäischen Union werden auch von den Regierungen in Budapest, Nikosia, Rom oder Sofia kritisch gesehen.<sup>116</sup> Die Regierung Tsipras war gerade einmal zwei Tage im Amt, als sie sich von den EU-Partnern distanzierte, die eine Verschärfung von Sanktionen gegenüber

109 Vgl. Aggelos Skordas: Greek Deputy Migration Minister: Citizenship Granting Bill for Second Generation Migrants to be Tabled First, in: *Greekreporter.com*, 21.2.2015.

110 Vgl. Philip Chrysopoulos: Migrants from Amygdaleza Detention Center Released in Athens, in: *Greekreporter.com*, 2.3.2015.

111 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: Athen droht Berlin mit Flüchtlingen, 10.3.2015.

112 *Tagesschau.de*: Athen beschließt Hilfe für Arme, 18.3.2015.

113 Vgl. *Greekreporter.com*: Greek Parliament to Decide On Committee for German Reparations, 9.3.2015.

114 Vgl. *Tagesschau.de*: 278 Milliarden Euro für Nazi-Verbrechen, 7.4.2015.

115 Vgl. ausführlicher Heinz-Jürgen Axt: *Die PASOK. Aufstieg und Wandel des verspäteten Sozialismus in Griechenland*, Bonn 1985, S. 24-30.

116 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung: Südosteuropa im Zwiespalt. Reaktionen aus den Ländern auf die Ereignisse in der Ukraine, Juni 2014; und Silviu Mihai: Wladimir Putin mit großem Hofstaat in Budapest, in: *Der Tagesspiegel*, 17.2.2015.

Russland in Aussicht stellten.<sup>117</sup> Energieminister Lafazanis lehnte Sanktionen gegen Russland kategorisch ab.<sup>118</sup> Später versuchte Außenminister Kotzias die Kritiker zu besänftigen. Er sei, so der Außenminister, nicht konsultiert worden, deswegen habe es auch keinen einstimmigen Beschluss geben können.<sup>119</sup> Kotzias, der als Diplomat an der Ausarbeitung wichtiger EU-Verträge beteiligt war, sollte wissen, dass nach Art. 31 des Vertrags über die Europäische Union das Prinzip der konstruktiven verbindlichen Zusammenarbeit gilt, also eine Enthaltung das Wirksamwerden von Entscheidungen nicht blockiert. Es bleibt zu klären, ob die griechische Seite unzureichend informiert worden ist,<sup>120</sup> wie sie behauptet, oder ob der Vorfall Ende Januar 2015 bloß der Auftakt für eine Politik griechischer Alleingänge war, wenn es um Russland geht. Letztere Vermutung ist angesichts der Tatsachen nicht abwegig, dass die SYRIZA-Abgeordneten im Europäischen Parlament gegen Russland-Sanktionen stimmten, dass sowohl SYRIZA als auch ANEL immer wieder ihre Nähe zu Russland betonen und dass der russische Botschafter in Athen der erste war, der dem neuen Ministerpräsidenten Tsipras 90 Minuten nach Amtsantritt seine Aufwartung machte.<sup>121</sup> Jenseits ideologischer Nähe gibt es freilich auch handfeste Motive aus griechischer Sicht für eine enge Beziehung zu Russland: Russische Bürger stellen die drittgrößte Gruppe der Touristen in Griechenland. Griechische Bauern erleiden beim Export von Erdbeeren, Kiwis und Pfirsichen nach Russland wegen des im August 2014 verhängten Importverbots Einbußen, weshalb von Außenminister Kotzias Kompensationen für die Ausfälle verlangt werden.<sup>122</sup> Anfang März 2015 verlautbarte die russische Regierung, sie erwäge die verhängten Embargomaßnahmen gegenüber einzelnen EU-Staaten, darunter auch Griechenland, zu lockern.<sup>123</sup> Bis Ende April 2015 wurden keine entsprechenden Entscheidungen getroffen. Nachdem der russische Präsident Wladimir Putin angekündigt hatte, dass statt der geplanten Erdgas-Pipeline South Stream an eine Pipeline Turkish Stream gedacht werde, die auch Griechenland beliefern könnte, ergab sich ein weiteres Motiv für eine enge Bindung an Russland. Wie erwähnt, wurde Russland von der neuen Athener Regierung auch immer wieder als Kreditgeber ins Spiel gebracht. Verteidigungsminister Kammenos betonte bei seiner Amtseinführung, wie wichtig es sei, Waffen in Russland zu kaufen.<sup>124</sup> Außenminister Kotzias suchte am 12. Februar 2015 seinen russischen Kollegen Lawrow in Moskau auf.<sup>125</sup> Als die EU-Außenminister am 29. Januar 2015 über Sanktionen gegen prorussische Separatisten und Unterstützer in der Ukraine berieten, soll nach Informationen aus Diplomaten-Kreisen der griechische Außenminister erst kurz vor Ende der Sitzung seine ablehnende Haltung aufgegeben und die Schlusserklärung akzeptiert haben.

117 Vgl. James G. Neuger/Nikos Chrysoloras: Greece's looming clash in Europe starts with sanctions on Russia, in: *Ekathimerini*, 28.1.2015.

118 Vgl. Michael Martens: Wenn der gute Deutsche böse wird, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.1.2015, S. 2.

119 Vgl. Spiegel Online: Griechischer Außenminister Kotzias im Interview mit Alexander Smolczyk, 9.2.2015.

120 Von Seiten der Europäischen Union wird darauf bestanden, dass der Sanktionsbeschluss im Rahmen des schriftlichen Umlaufverfahrens erfolgte, wonach ein Beschluss als angenommen gilt, sofern sich nicht eine der 28 Regierungen binnen 24 Stunden dagegen ausspricht. Athen dagegen beharrte darauf, von Brüssel nicht informiert worden zu sein.

121 Journalisten der Zeit haben anhand öffentlich gemachter E-Mails aufzeigen können, dass von russischer Seite intensiv versucht worden ist, unter anderem durch enge Kontakte zu Tsipras, Kotzias und auch Kammenos, die Bindungen Griechenlands an die Europäische Union und NATO aufzuweichen. Vgl. Meike Dülffer/Carsten Luther/Zacharias Zacharakis: Im Netz der russischen Ideologen, in: *Zeit Online*, 6.2.2015.

122 Vgl. Tagesschau.de: Kotzias: „Wir drohen nicht mit einem Veto“, 8.3.2015.

123 Vgl. *Greekreporter.com*: Russia Considering to Ease Embargo on Greek Products, 3.3.2015.

124 Vgl. Gerd Höhler: Holt Putin Griechen aus der Krise?, in: *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, 31.1.2015.

125 Vgl. *Ekathimerini*: Greek foreign minister in Russia for talks with Lavrov, 11.2.2015.

Beschlossen wurde, bestehende Einreiseverbote und Kontosperrungen zu verlängern. Neue Wirtschaftssanktionen wurden nicht beschlossen.<sup>126</sup> Am 8. April 2015 begab sich Ministerpräsident Tsipras zum Staatsbesuch nach Moskau. Im Vorfeld gab er sich zwar nicht so radikal wie zuvor sein Energieminister Lafazanis, der am 30. März 2015 zum Bruch mit der „germanisierten EU“ aufgefordert hatte.<sup>127</sup> Doch Tsipras überraschte mit der Aussage, sein Land wolle eine Brücke zwischen der Europäischen Union und Russland sein.<sup>128</sup> Der Ministerpräsident tat also so, als sei sein Land kein Mitglied der Europäischen Union. Immer häufiger ist in Athen von ‚multidimensionaler Außenpolitik‘ die Rede – einerseits eine Reminiszenz an das außenpolitische Vokabular der PASOK-Regierung unter Andreas Papandreou in den 1980er Jahren, andererseits ein Indiz dafür, dass Griechenland sich nur mit Vorbehalten dem ‚Westen‘ zugehörig fühlt.<sup>129</sup>

Hatte SYRIZA in der Vergangenheit immer wieder gefordert, dass Griechenland aus der NATO austreten müsse, so sind zwar bislang keine dementsprechenden Aktivitäten zu verzeichnen, doch hat die Partei in jüngerer Vergangenheit deutlich gemacht, dass sie der GSVP ablehnend gegenübersteht. Als der Rat der Europäischen Union im Frühjahr 2014 beschloss, eine Militärmission in der Zentralafrikanischen Republik (European Forces Republic of Central Africa, EUFOR RCA) mit bis zu 1.000 Soldaten zu etablieren, um die Zivilbevölkerung zu schützen und humanitäre Aktionen zu ermöglichen, lehnte SYRIZA dieses Engagement entschieden ab: „The party of SYRIZA is explicitly opposed on such an imperialistic intervention and it will oppose any involvement of Greece in this very dangerous operation, an act that contravenes and disrespects the International Law in every possible way. We call on the government of Greece not to assist in this opportunistic operation with any direct or indirect means.“<sup>130</sup> Griechenland beteiligte sich nicht an EUFOR RCA mit eigenen Kräften.

Gegenüber der Türkei hat sich Athen bislang weitgehend zurückgehalten, was Verteidigungsminister Kammenos freilich nicht daran gehindert hat, als eine seiner ersten Handlungen einen Gedenkkranz über der Insel Imia/Kardak abzuwerfen. Hier war es im Dezember 1995 zu einer militärischen Konfrontation zwischen Griechenland und der Türkei gekommen, weil beide Seiten Anspruch auf die unbewohnte Insel angemeldet hatten. Nur durch US- und NATO-Vermittlung konnte der Konflikt beigelegt werden.<sup>131</sup> In der strittigen Namensfrage mit dem Nachbarstaat Mazedonien ist keine Bewegung zu verzeichnen. Außenminister Kotzias fand sich zwar zu vertrauensbildenden Maßnahmen bereit, beklag-

126 Vgl. Rat der Europäischen Union: Council conclusions on Ukraine. Foreign Affairs Council meeting. Brussels, 29 January 2015, abrufbar unter: <http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2015/01/council-conclusions-ukraine/> (letzter Zugriff: 2.3.2015).

127 Vgl. Reuters: Greek PM Tsipras says he seeks no rift with Europe, 28.3.2015.

128 Vgl. Ekathimerini: Athens aims to tighten ties with Russia, 1.4.2015.

129 Zur Außenpolitik in den 1980er Jahren vgl. Heinz-Jürgen Axt: National Interests on Top of the Agenda – Greece’s Role in Common Foreign and Security Policy, in: Heinz-Jürgen Axt (Hrsg.): Greece and the European Union: Stranger among Partners?, Baden-Baden 1997, S. 153-198; zum Spannungsverhältnis zwischen antiwestlichen und westlichen Traditionsbeständen in Griechenland vgl. Vasilios N. Makrides: Griechenland zwischen Ost und West, zwischen Antiozkzidentalismus und Verwestlichung, in: Gabriella Schubert/Holm Sundhaussen (Hrsg.): Prowestliche und antiwestliche Diskurse in den Balkanländern/Südosteuropa, München 2008, S. 115-136.

130 SYRIZA: Announcement of SYRIZA Department of Foreign Affairs and Defense, 3.4.2014, abrufbar unter: <http://www.syriza.gr/article/id/55683/Announcement-of-SYRIZA-Department-of-Foreign-Affairs-and-Defense-regarding-the-commencement-of-the-E.U.-military-operation-in-the-Central-African-Republic.html.VMuY9Cw-Peg> (letzter Zugriff: 11.2.2015).

131 Vgl. Heinz-Jürgen Axt/Oliver Schwarz/Simon Wiegand: Konfliktbeilegung durch Europäisierung? Zypernfrage, Ägäis-Konflikt und griechisch-mazedonischer Namensstreit, Baden-Baden 2008, S. 177-178.

te aber den Irredentismus der Regierung in Skopje.<sup>132</sup> Auch gegenüber Kosovo, das Griechenland ebenso wie Spanien, Slowakei, Rumänien und Zypern nicht anerkennt, zeichnen sich keine Änderungen ab.<sup>133</sup>

### Bilanz nach gut 100 Tagen: Entzauberung von Utopien

Es waren nicht die Auflagen der Gläubiger, die die neue Regierung in Athen entzaubert haben. Es war die Tatsache, dass die Wahlversprechen nicht finanzierbar sind. Es hat vier Wochen gedauert, bis die SYRIZA-geführte Regierung in der Realität angekommen war. Deshalb ist trotzdem noch keine Entspannung abzusehen: Die Gläubiger müssen sich weiterhin Sorgen um ihre Kredite machen. Dass angekündigte Reformen in Griechenland auch umgesetzt werden, ist nicht gesichert. Dass die Gläubiger es mit stabilen politischen Verhältnissen in Griechenland zu tun haben werden, ist ebenfalls nicht sicher. Zwar stand laut Meinungsumfragen Ende Februar 2015 noch eine große Mehrheit der Griechen hinter der Regierung.<sup>134</sup> Drei Sollbruchstellen dieser Loyalität sind indes zu erkennen: erstens wenn die Umsetzung der Wahlversprechen ausbleibt, zweitens wenn Spannungen zwischen den Koalitionspartnern eskalieren und drittens wenn der kommunistische SYRIZA-Flügel revoltiert. In dieser Situation kann die Athener Regierung versucht sein, mit Alleingängen in der Außen- und Sicherheitspolitik ihren Anhängern eine Art Kompensation für die ausbleibende Umsetzung von Wahlversprechen zu verschaffen. Dieses Vorgehen hat in Griechenland Tradition, wie die Regierungszeit der sozialistischen PASOK in den 1980er Jahren gezeigt hat.<sup>135</sup>

Den Mitgliedern von SYRIZA fällt es schwer, sich mit den Realitäten zu arrangieren. Fast elf Stunden diskutierten die Abgeordneten der Partei am 26. Februar 2015 über die Vereinbarung mit den Europartnern. 18 Abgeordnete lehnten die Abmachung ab, damit hätte die Regierung im Parlament schon keine Mehrheit mehr gehabt.<sup>136</sup> Als sich das SYRIZA-Zentralkomitee mit der Vereinbarung beschäftigte, stimmten 92 Mitglieder für die Reformliste, aber 68 votierten für eine alternative Entschließung von Minister Lafazanis, die die Vereinbarung mit den Europartnern entschieden ablehnte.<sup>137</sup> Nicht wenige SYRIZA-Politiker äußerten ihren Unmut über das Verhandlungsergebnis von Brüssel, darunter auch Parlamentspräsidentin Zoi Konstantopoulou und der marxistische Chefökonom von SYRIZA, Giannis Milios, der von „Zurückweichen“ sprach.<sup>138</sup> Auch der politisch stets präsenste Komponist Mikis Theodorakis veröffentlichte einen offenen Brief mit scharfer

132 Vgl. Kotzias: Irredentism obstacle to name deal, in: Ekathimerini, 7.3.2015.

133 Vgl. ProtothemaNews: Five EU member states have yet to recognize Kosovo, 27.3.2015.

134 Bei einer Umfrage zwischen dem 12. und 17. Februar 2015 erreichte die Zustimmung zur Regierung 81 Prozent der Befragten. Vgl. ProtothemaNews: Varoufakis negotiates using lyrics of the Beatles, 23.2.2015. Nach einer am 7. März veröffentlichten Meinungsumfrage sollen sich 41,3 Prozent der Wähler für SYRIZA, 19,2 Prozent für die Neue Demokratie und 5,1 Prozent für die rechtsextreme Goldene Morgenröte ausgesprochen haben. ProtothemaNews: Latest post-election poll oxymoron: SYRIZA support at 41.3% — 43.3% pessimistic over future, 7.3.2015. Am 22. April 2015 berichtete der Fernsehsender Skai, dass die Zustimmungsraten für die SYRIZA-geführte Regierung auf 44,5 Prozent gefallen seien. Im März hatten sie noch 72 Prozent betragen. Vgl. Ekathimerini: Greek government's popularity takes a hit as talks drag on, 22.4.2015.

135 Vgl. Axt: Die PASOK, 1985; und Axt: National Interests, 1997.

136 Die Regierungsfaktionen wären auf 144 von 300 Abgeordneten gekommen. Vgl. Michael Martens: Risse in Athen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.2.2015.

137 5 Mitglieder des Zentralkomitees enthielten sich, 30 waren abwesend. Vgl. ProtothemaNews: Lafazanis group against Eurozone deal, 1.3.2015.

138 Vgl. ProtothemaNews: Yanis Varoufakis! SYRIZA's fading star of fickle fantasies..., 1.3.2015.

Kritik an der Regierung.<sup>139</sup> Die Regierung entschied sich wohlweislich der Gefahren dafür, die Vereinbarung mit den Gläubigern nicht dem Parlament zur Abstimmung vorzulegen.<sup>140</sup> Stattdessen entschied das Parlament auf Vorschlag von SYRIZA am 6. April 2015, einen Untersuchungsausschuss einzuberufen, der den seit Oktober 2009 eingeschlagenen Sparkurs aufarbeiten soll. Der Ausschuss ist wohl als Ablenkungsmanöver zu verstehen, darf er doch gemäß seinem Auftrag nicht die Gründe untersuchen, die zur massiven Staatsschuldenkrise in Griechenland geführt haben.<sup>141</sup> Die Zeitung *Kathimerini* kommentierte treffend: „SYRIZA is feeling the pain of its transformation from a revolutionary party to a systemic one [...]. It was Tsipras who elevated the people’s expectations to such lofty levels [...] finally, it was Tsipras who tried to change the way that Europe acts toward our bankrupt country – with little success.“<sup>142</sup> Am 27. Februar 2015 durfte sich Finanzminister Varoufakis im Kabinett dann noch die Zurechtweisung seines Ministerpräsidenten anhören, dass weniger Slogans als harte Arbeit vonnöten seien. Mit den Worten „less talk and more action“ wurde der in den Medien allzeit präsente Finanzminister zurechtgewiesen.<sup>143</sup> Hatte SYRIZA in der Vergangenheit stets an der Spitze von Demonstrationen gegen die Vorgängerregierung gestanden, so sah sich die Partei am 25. und 26. Februar 2015 scharfen Angriffen seitens der Demonstranten in Athen und Thessaloniki ausgesetzt, die zunächst durch die linksextreme außerparlamentarische ANTARSYA<sup>144</sup> und dann von Kommunisten mobilisiert worden waren. Der Vorsitzende der KKE prophezeite, dass es im Juni ein hartes Sparprogramm geben werde. Griechenland solle aus der Europäischen Union und der Eurozone austreten.<sup>145</sup> Am 1. April 2015 demonstrierten 3.000 Rentner in Athen und verlangten von Ministerpräsident Tsipras, die Renten wieder auf das Niveau vor Ausbruch der Krise anzuheben. Das alles spricht dafür, dass Griechenland ein Dauerthema bleiben wird.

139 Vgl. Philip Chrysopoulos: Mikis Theodorakis Criticizes Alexis Tsipras’ Policy on Bailout Deal, in: *Greekreporter.com*, 27.2.2015.

140 Vgl. *To Vima*: Government concerned over funding needs for March, 1.3.2015; und *Ekathimerini*: Parliament will not vote on loan extension, says government, 2.3.2015.

141 Indem die Zeit von Oktober 2009 ausgeblendet wird, wird zugleich der Koalitionspartner Kammegos geschont, der in der Vorgängerregierung Staatssekretär im Schifffahrtsministerium gewesen ist. Vgl. Gerd Höhler: Tsipras sucht Schuldige für das soziale Elend in Griechenland, in: *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, 2.4.2015.

142 Costas Iordanidis: SYRIZA feeling the pain, in: *Ekathimerini*, 26.2.2015.

143 Vgl. *ProtothemaNews*: Yanis Varoufakis! SYRIZA’s fading star of fickle fantasies..., 2015.

144 *Antikapitalistiki Aristeri Synergasia gia tin Anatropi*, Antikapitalistische Linke Zusammenarbeit für den Umsturz.

145 Vgl. *Tagesschau.de*: Gegen Hilfspaket – für Schuldenschnitt?, 28.2.2015.